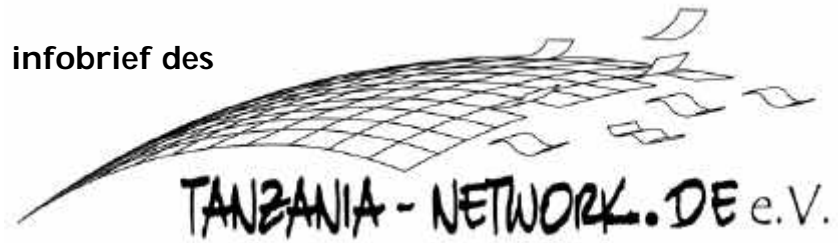


der 9. infobrief des



H A B A R I

**Urbanisierung.
Leben in der Stadt**

März 1/01

Liebe Leserinnen und Leser !

Eine Maxime der Arbeit des **TANZANIA-NETWORK.DE e.V.** ist es, Bildungsangebote bereitzustellen und gemeinsam Lobbyarbeit für unsere tanzanischen Partnerinnen und Partner zu leisten. Dem dient auch der Studientag im Rahmen unserer Mitgliederversammlung „Was bedeutet die HIV / AIDS – Pandemie für die tanzanische Gesellschaft?“. Sie sind alle dazu herzlich eingeladen. (Eine ausführliche Einladung finden Sie am Ende dieses Heftes.)

Durch die geplante intensive Beschäftigung mit diesem Thema möchte das **TANZANIA-NETWORK.DE e.V.** auch an die Arbeit der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, (GKKE), deren Dialogprogramm mit Tanzania im vergangenen Jahr zuende gegangen ist, anknüpfen. Die GKKE veranstaltete im September 2000 einen workshop zu diesem Themenbereich, der mit besonderen Empfehlungen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Menschen in Tanzania beschlossen wurde: Wir sollten unsere Vorurteile beiseite stellen und mit offenen Sinnen und Gedanken die tanzanische Gesellschaft und Kultur zu verstehen suchen. Wir sollten uns nicht in Generalisationen verlieren und konstruktive Kritik üben, wo diese sinnvoll ist. Unser gemeinsamer Dialog soll einer zwischen Gleichberechtigten sein. HIV/AIDS Aktivisten sollten unterstützt und in ihrer Arbeit bestärkt werden, besonders auch auf einer persönlichen Ebene. Wir sollten nicht vergessen, dass die Mehrparteiendemokratie in Tanzania erst 10 Jahre alt ist und daher Geduld üben bei verschiedenen Prozessen.

Der Kampf gegen Aids ist auch einer der beiden Arbeitsschwerpunkte der im Dezember 2000 neu gebildeten „Ecumenical Advocacy Alliance“, deren Initiatoren u.a. der Ökumenische Rat der Kirchen, Hilfsorganisationen wie Caritas International, Brot für die Welt und andere Organisationen sind.

Wir werden uns freuen, bei unserem Studientag evtl. VertreterInnen aus beiden dargestellten Initiativen begrüßen zu können.

Dieses Heft nimmt zwei Aktionen auf, die für Rechte der Menschen in Tanzania eintreten.

1. Wurde 1937 der Arzt Dr. Kröber im Nordwesten Tanzanias bei dem Volk der Haya als „Retter des Reiches“ gefeiert, weil er mit Medikamenten die Menschen von Epidemien gerettet hatte, so treten wir heute eher für eine Advocacy ein, deren Grundlage das Recht u.a. auf Gesundheit ist. Zurückgehend auf eine Initiative von Germanwach und BUKO gibt es eine Aktion, die das Ziel hat, unentbehrliche Aids-Medikamente allgemein verfügbar zu machen. Die Forderungen der Aktion beziehen sich außerdem auf finanzielle Mittel für Prävention, Beratung und die Bereitstellung von Anschlussprogrammen an eine medikamentöse Behandlung. Bitte beteiligen Sie sich an der Briefaktion! Nehmen Sie das farbige Blatt aus der Mitte des Heftes und schicken Sie es an die Fa. Boehringer Ingelheim.

2. Eine zweite Aktion in diesem Heft bezieht sich auf die UN Konferenz im Mai. "Endlich! Ein Erfolg beharrlicher Lobbyarbeit" - mit dieser Überschrift feiert Misereor Aktuell Nr. 4/2000 die Erhöhung des BMZ-Haushalts zum Jahr 2001 um 4,6%. Tausende von Postkarten der Aktion von Misereor, Brot für die Welt, EED und GKKE haben die Politiker überzeugt. Nun müssen weitere Schritte folgen. Wir bitten Sie deshalb, sich im Vorfeld der UN-Konferenz über die ärmsten Länder (LDC-III) mit beiliegendem Brief an die Entwicklungsministerin zu wenden. Tanzania und andere der am wenigsten entwickelten Länder sind dringend auf weitergehende Schuldenerleichterungen und deutliche höhere Entwicklungshilfe angewiesen.

Johannes Paehl

Das **TANZANIA-NETWORK.DE** wird aus verschiedenen Quellen gefördert, u.a. aus Mitteln des ABP (Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik) der Evangelischen Kirche in Deutschland.

○ AKTUELLES

Evangelical Lutheran Church in Tanzania - <i>Press Statement January 30, 2001</i>	2
Wie wird die tansanische Bevölkerung vom Schuldenerlass profitieren? – <i>Michael Hanfstängl</i>	2
The IMF and World Bank endorsement of the Government of Tanzania's "PRSP" <i>Comments from the Tanzania Gender Networking Project</i>	6
„Erlaßjahr 2000“: Eine Kampagne geht dem Ende zu – <i>Friedel Hütz-Adams</i>	10
Die ELCT und das EEPRO – Programm – <i>Aminiel Mungure</i>	13

○ THEMA: URBANISIERUNG. LEBEN IN DER STADT

Der Verstädterungsprozess in Afrika – <i>Gregor Meerpohl</i>	16
Urban Community Exchanges – <i>Diana Mitlin</i>	18
Verstädterung in Armut – <i>Dr. Volker Kreibich</i>	20
Dar Es Salaam - nicht wirklich Afrika? – <i>Irene und Michael Seitz</i>	24
Urban Vegetable Production in Dar es Salaam – <i>Stefan Dongus</i>	27
Bread for the Orphans – <i>Ingrid Lehmann-Wirtz</i>	30
Mkate wa watoto yatima - Bread for the Orphans – <i>Helmut Hoffmann</i>	32
The pastoral Challenges of Fast Urbanisation – <i>Bishop Method Kilaini</i>	33
Huruma heißt Barmherzigkeit – <i>Heribert Süttmann</i>	35
Gelingt das Leben - weder im Dorf noch in der Stadt? – <i>Edson Lugemeleza</i>	37
The story of Child in the Sun – <i>John Abobo</i>	39

○ MEDIEN: HINWEISE UND BESPRECHUNGEN
○ TERMINE
**○ EINLADUNG ZUM STUDIENTAG UND ZUR
MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES TANZANIA-NETWORK.DE e.V.47**

EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN TANZANIA

Press Statement January 30, 2001

The Evangelical Lutheran Church in Tanzania (ELCT), has been following closely the skirmishes that followed the demonstration organised by the Civic United Front (CUF) in Unguja, Pemba and Dar es Salaam. A number of people were reported dead including policemen, others were seriously injured and some arrests have been made.

According to CUF, the reasons for the demonstration last Saturday January 27, 2001 were to force the Government to annul the Presidential election in Zanzibar; agitate for a new constitution and the creation of independent electoral commissions in Zanzibar and Dar es Salaam.

CUF claimed that the demonstration was peaceful but the Government denied them permission to do so on the grounds that it could breach peace and endanger safety of property.

The leaders of CUF defied Government order to refrain its members from demonstrating by making provocative and defamatory utterances to encourage its members to go on with the planned procession. And through media coverage we were able to follow what happened after that.

The Evangelical Lutheran Church in Tanzania implores the people to maintain our unity, peace, solidarity and stability that prevails in Tanzania and this can only be achieved if we uphold the laws of the land and respect the Constitution and the Government that has been democratically elected.

On the other hand the Government is expected to work hard towards sustaining peace and maintaining the rule of law as well as safeguarding justice for all its citizens.

The Evangelical Lutheran Church in Tanzania urges all the people to take caution, exercise restraints and to recognise their limit in search for what they believe is their right.

The Church also calls upon the international community to give Tanzania a chance to sort out the problems it is facing now. The international community more than anything should exercise restraints by studying the root cause of the unfolding situation instead of making hurried conclusions and condemning the Government wholesale.

Amani Mwenegoha, Secretary General, ELCT.

WIE WIRD DIE TANSANISCHE BEVÖLKERUNG VOM SCHULDENERLASS PROFITIEREN?

Michael Hanfstängl (Nordelbisches Missionszentrum Hamburg)

Viele, die sich im Rahmen der Kampagne „Erlassjahr 2000“ für die Entschuldung Tansanias eingesetzt haben, wird interessieren, wie hoch der Schuldenerlass ausfällt, wann er gewährt wird und welche Mittel frei werden für die Armutsbekämpfung

Tansanias. Nach der Genehmigung des Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) durch die Gremien des IWF am 1.12.2000 sind neue Informationen im Internet verfügbar. Dies macht eine erste Analyse möglich, wie verschiedene Gruppen der

Bevölkerung Tansanias vom Schuldenerlass im Rahmen der Enhanced Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC-II) profitieren werden.

Das Decision Point Document des IWF vom 20.3.2000 bietet in Tabelle 7 eine detaillierte Übersicht über den Schuldenstand Tansanias zum 30.6.1999. Der gesamte Schuldenstand („External Debt Outstanding“) betrug demzufolge 6,3847 Milliarden US-Dollar nominal mit einem Gegenwartswert (NPV) von 4,613 Mrd. USD. Das HIPC-II-Konzept hält eine Restverschuldung für tragbar, wenn die NPV-Gesamtverschuldung nicht mehr als 150% der jährlichen Exporterlöse ausmacht. Bei Tansania lag dieser Wert am 30.6.1999 bei 397,1% NPV/Exporte.

Die Pressemitteilung der Weltbank vom 22.12.2000 „Schuldenerleichterung für die ärmsten Länder: Meilenstein erreicht“ gibt eine Übersicht über die bis zum Ende des Jahres 2000 entschiedenen Erleichterungen für insgesamt 22 Länder unter HIPC-II. Tansania erhält demzufolge 2,0 Mrd. USD NPV Schuldenstandsreduzierung beziehungsweise 3,0 Mrd. USD nominaler Schuldendienst-erleichterung. Die prozentuale NPV Reduzierung beträgt 53%. Darüber hinaus haben viele öffentliche Gläubiger angekündigt, bis zu 100% ihrer bilateralen Forderungen zu erlassen. Dies ist auch bei Deutschland der Fall. Nach Auskunft aus dem Finanzministerium verzichtet Deutschland schon seit dem Erreichen des Decision Point am 5.4.2000 auf jeglichen Schuldendienst aus Tansania. Ein endgültiger Erlass der bundesdeutschen Forderungen werde bei Erreichen des Completion Point vorgenommen, wenn Tansania nachweisen könne, dass alle durch den verminderten Schuldendienst freiwerdenden Mittel in die Armutsbekämpfung fließen. In der Pressemitteilung vom 6.4.2000 auf der Weltbank homepage

wird ein ähnliches Vorgehen für die Bretton Woods Institutionen angegeben. Im April 2000 begannen IWF und die Weltbanktochter IDA mit ihrem „interim debt relief“. Das Hilfspaket von IDA in Höhe von 1,2 Mrd. USD wird über 20 Jahre gesplittet und dazu verwendet, 69,1% der Schuldendienstverpflichtungen Tansanias gegenüber IDA zu finanzieren. Das IWF Paket deckt 58% der Schuldendienstverpflichtungen gegenüber dem IWF während der Laufzeit von 10 Jahren. Diese „Interim“-Entlastungen sorgen dafür, dass umgehend Mittel für die Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie PRSP frei werden.

Im Vorfeld der Herbsttagung von IWF und Weltbank in Prag haben die Bretton Woods Institutionen am 7.9.2000 einen Zwischenbericht über die HIPC-II-Umsetzung im Internet veröffentlicht. In Tabelle 13 findet sich eine Übersicht über die Position von 19 Gläubigerländern des Pariser Clubs, zu welchem zusätzlichem bilateralen Erlass sie über HIPC-II hinaus bereit sind. 10 Länder wollen alle Pre-COD-Non-ODA Forderungen für alle HIPC Länder erlassen, 5 weitere wollen auf einer case-by-case Basis einzelnen Ländern bis zu 100% ihrer Forderungen erlassen. Tansania hat durch die Umschuldung im Pariser Club im April 2000 und die Zugeständnisse von IWF und Weltbank bei Erreichen des Decision Point am 6.4.2000 eine erhebliche Schuldendienst-erleichterung erfahren. Es kommt zu realen Ersparnissen im tansanischen Staatshaushalt von mehr als 50 und bis zu 100mio USD jährlich, die für die Armutsbekämpfung verwendet werden können. Die recht optimistische Erwartung einer Ersparnis von 100mio USD könnte sich realisieren, wenn viele bilateralen Gläubiger im Pariser Club wie angekündigt über HIPC-II hinaus auf bis zu 100% ihrer Forderungen verzichten.

Das Armutsbekämpfung-Strategiepapier PRSP der tansanischen Regierung vom 1.10.2000 hat ehrgeizige Ziele. Während die sogenannten „international vereinbarten Entwicklungsziele“ beispielsweise bis zum Jahr 2015 eine Halbierung des Bevölkerungsanteils, der in extremer Armut lebt, erreichen will, nimmt sich die tansanische Regierung dies schon bis zum Jahr 2010 vor. Sie geht dabei von folgenden Ausgangswerten aus: 48% der tansanischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Bis zum Jahre 2003 will sie erreichen, dass nur noch 42% von solch extremer Armut betroffen ist. Die Wasserversorgung für die ländlichen Gegenden soll verbessert werden. Derzeit haben nur 48,5% der ländlichen Bevölkerung Zugang zu sicherem, sauberem Wasser, 2003 sollen es bereits 55% sein und 2010 85%. Von 1000 Lebendgeborenen sterben derzeit 99, bevor sie das erste Lebensjahr vollenden. Bis 2003 soll der Anteil der geimpften unter 2 Jährigen von derzeit 71% auf 85% erhöht werden. Gekoppelt mit anderen Maßnahmen im Gesundheitsbereich soll so die Säuglingssterblichkeit bis 2003 auf 85 und bis 2010 auf 50 von 1000 Geborenen gesenkt werden. Die Kindersterblichkeit der unter 5 Jährigen soll bis 2010 halbiert werden. Schon bis 2003 soll sie von derzeit 158 auf 127 sinken. Die Müttersterblichkeit soll von 529 auf 100.000 Geburten ebenfalls bis 2010 halbiert werden. Die entsprechenden Ziele der Vereinten Nationen, OECD, IWF und Weltbank lautet: Verminderung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel bis 2015 und der Müttersterblichkeit um drei Viertel bis 2015. Genau entsprechend dem international vereinbarten Entwicklungsziel soll schon bis 2005 in Tansania erreicht werden, dass der Anteil von Jungen und Mädchen in Grund- und Sekundarschulen genau gleich ist. Bis 2010 will die tansanische Regierung so viel in

die Bildung von Kindern und Erwachsenen investieren, dass es keine Analphabeten mehr gibt.

Das Tansanische Entschuldungsnetzwerk TCDD hat in seiner Studie im Vorfeld des Kölner Weltwirtschaftsgipfels im Juni 1999 der Grundschulbildung absolute Priorität eingeräumt.

Zur Erstellung seines PRSP hat die Regierung am 11./12.5.2000 sieben „Zonal Workshops“ in den verschiedenen Regionen durchgeführt. *„Die Teilnehmenden in allen Zonen identifizierten den Ausbildungsbereich als Top Priorität für die Armutsverminderung, gefolgt von Landwirtschaft, Gesundheit, Straßen und Wasserversorgung.“* (S. 39) In den Zonal Workshops wurde die Erwartung an die Regierung herangetragen, *„den Zugang zur Grundschulbildung zu ermöglichen, was eine Überprüfung der Kostenbeteiligungsregelungen einschließt.“* (S.12) Nun will die tansanische Regierung die Chance des PRSP und der durch HIPC freiwerdenden Mittel nutzen, im Rahmen des Haushaltsjahres 2001/2002 die Grundschulgebühren wieder abzuschaffen, *„um sicherzustellen, dass alle Kinder, insbesondere aus armen Familien, einen Zugang zur Grundschulbildung haben.“* (S.26) Allein diese Maßnahme führt zu Mehrausgaben im Bildungsetat von schätzungsweise 12mio USD. Der Executive Board des IWF hat am 1.12.2000 das PRSP akzeptiert und diese Abkehr von früheren IWF-Empfehlungen bzw. Auflagen nicht weiter kommentiert.

In den verschiedenen Sektoren hat die Regierung sieben Aufgaben als absolut vordringlich eingestuft:

- Grundschulbildung,
- Basisgesundheit,
- Wasserprojekte,
- Bau und Instandhaltung von Straßen auf dem Lande,

- Stärkung der Rechtssprechung,
- Landwirtschaftliche Forschung (beispielsweise nach dürreresistentem Saatgut) und Maßnahmen zur Verbreitung der Forschungsergebnisse an die Produzenten (sogenannte „Extension“),
- Aidsaufklärung.

Diese sieben wichtigsten Herausforderungen erhalten einen ständig wachsenden Anteil am Staatshaushalt. Er steigt in der Folge von nur vier Haushaltsjahren von 24,8% 1999/2000 auf 40,3% 2002/03, wobei sich dieser Anteil auf die nicht im Vorhinein durch Schuldendienste und Pensionszahlungen vertraglich gebundenen Haushaltsmittel bezieht (siehe Fußnote 4, S.25). Was kann beispielsweise mit diesen Investitionen in die Grundschulbildung erreicht werden? Fortbildungen für Lehrer, Renovierung von Klassenräumen, Verfügbarkeit von Schulbüchern, ein günstigeres Zahlenverhältnis, wie viele Schüler pro Lehrer zu unterrichten sind. Die Bruttoeinschulungsrate soll auf 85% steigen. Statt bisher nur 20% sollen bis 2003 50% der Grundschüler ein gutes Abschlusszeugnis schaffen. 21% statt bisher 15% sollen von der Grundschule auf weiterführende Schulen wechseln können. Der Anteil von Schulabbrechern während der Grundschulzeit soll von 6,6% auf 3% sinken. Dieses Beispiel zeigt, wie klar die Indikatoren sind, an denen der Erfolg der Armutsbekämpfungsmaßnahmen gemessen werden kann.

Der Executive Board des IWF hat am 1.12.2000 „die mittel- und langfristigen Ziele und Indikatoren zur Armutsverminderung und menschlichen Entwicklung“ als „angemessen und realistisch“ bezeichnet. Die tansanische Regierung macht jedoch in ihrem PRSP darauf aufmerksam, dass ihre ehrgeizigen Ziele nur erreicht werden können, wenn eine ausreichende Finanzierung

gegeben ist. Dabei sollen die Mittel hauptsächlich aus einheimischen Quellen aufgebracht werden, wozu die effektive Steuereintreibung verbessert werden muss. Die Programme hängen jedoch zugleich „wesentlich von externer Finanzierung“ ab (S.22). Hier geht es sicher nicht nur um die durch Schuldenerlasse gesparten Mittel, sondern auch um eine bessere Berücksichtigung bei der Vergabe internationaler Entwicklungshilfe.

Derzeit ist allgemein festzustellen, dass die Geberländer sich immer weiter von ihrem Versprechen entfernen, 0,7% des BSP für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Waren es 1992 noch 0,33%, so fiel dieser Anteil bis 1999 auf nur noch 0,24%. Trotz dieses deutlichen allgemeinen Rückgangs erfreut sich Tansania stabiler Entwicklungshilfe-Zuweisungen. Die Armutsorientierung seiner Politik und die aus Sicht des IWF erfolgreichen Strukturanpassungen der letzten Jahre haben das Vertrauen der Partnerländer gestärkt. Finanzminister Daniel Yona weist sogar auf einen steigenden Trend hin. Netto steigt die ausländische Finanzierung des laufenden Haushalts von 0,8% des BIP in 1999/2000 auf 1,2% des BIP in 2000/01 („Letter of intent“ vom 18.7.2000). Im PRSP wird von weiter steigenden Zuschüssen internationaler Entwicklungshilfe ausgegangen (Tabelle 2, S.33).

„Entwicklung braucht Entschuldung“ lautet der Slogan des Bündnisses, aus dem die Kampagne „Erlassjahr 2000“ hervorgegangen ist. Das Beispiel Tansania zeigt, wie richtig dieser Slogan ist. Doch Entwicklung braucht mehr: von der Selbsthilfe der Armen bis hin zu einer Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die oftmals versprochenen 0,7% des Bruttoinlandsprodukts der Geberländer und die völlige Öffnung ihrer Märkte für alle nicht militärischen Produkte aller Länder der

LDC-Gruppe, wie im aktuellen Vorbereitungsdokument von „Financing for Development“ von den Vereinten Nationen gefordert wird. Selbst wenn alle Schulden Tansanias vollständig erlassen würden, stünden nicht mehr als 7 Dollar pro Kopf im Jahr zur Verfügung. Damit lassen sich nicht alle Probleme lösen. Um so wichtiger wird der begonnene Prozess einer Armutsorientierung der tansanischen Regierungspolitik, die fortdauernde Einbeziehung der Zivilgesellschaft und die Neuausrichtung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf die Armutsbekämpfung. Die weitere Entwicklung wird zeigen, wie ernst es dem IWF mit seiner proklamierten Armutsbekämpfung und „country-ownership“ ist oder ob es sich bei HIPC-II letztlich vorwiegend um ein im Norden akzeptables Mittel handelt, um im Süden weiterhin eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

Zur Weiterarbeit empfohlen:
www.imf.org unter anderem:

- 1.12.2000 IMF Endorses Tanzania's PRSP;
- 1.10.2000 The United Republic of Tanzania, Poverty Reduction Strategy Paper PRSP;
- 18.7.2000 Daniel Yona, Minister of Finance, United Republic of Tanzania, Letter of Intent and Technical Memorandum of Understanding;
- 20.3.2000 IMF, Decision Point Document Under the Enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative.

Vereinte Nationen, „Report of the Secretary-General to the preparatory committee for the high-level international intergovernmental event on Financing for Development“ (A/AC.257/12), siehe die homepage dieses UN-Prozesses www.un.org/esa/ffd/index.html

Gekürzt aus: Michael Hanfstängl, Wie wirkt sich der HIPC-II-Schuldenerlass auf die Armutsbekämpfung Tansanias aus?, 17 Seiten und 6 Seiten statistischer Anhang, NMZ, Januar 2001

Kommentare und Rückfragen an Michael Hanfstängl:
m.hanfstaengl@nmz-mission.de
Tel. 040 / 881 81 – 321

THE IMF AND WORLD BANK ENDORSEMENT OF THE GOVERNMENT OF TANZANIA'S "PRSP"

Comments from the Tanzania Gender Networking Project

Since the government, forced by the policies of the IMF and the World Bank, has embarked on policies of withdrawal of state support, women, children, and the rural poor have been most heavily impacted, and there is data that demonstrates this. The following are some specific comments on user fees in the areas of health and education.

In general, the position of gender groups and many CSOs is that unconditional withdrawal of user fees in the areas of health, education, and water is necessary. It is in these sectors that vulnerable groups, par-

ticularly women, poor men, youth, and the rural population in general, have been impacted greatly; these sectors also are the arenas in which the government could have most positively helped these groups. Low performance in these sectors is one of the primary indicators of poverty; health and education are central to the development of the country and key to increasing productivity and economic growth. It is the responsibility of the government to ensure that these sectors are sufficiently resourced, without conditions.

USER FEES FOR EDUCATION SECTOR

In terms of the decision to abolish user fees at the primary school level, while we understand that the government is constrained, we contest that removing user fees at only one level is not sufficient and not sustainable. Even if this decision opens up the opportunity for primary school education to more students, which is not clear in and of itself, this creates an even wider gap between the number of students attending primary school and those attending secondary school. This gap has implications for increasing inequalities in terms of both gender and class. In addition, there is no indication that other constraining aspects related to education for poor families will be removed and no assurance that the levels of support currently provided to teachers will be maintained or increased. On the whole, the actual amount of money returning to the sector (Tsh. 10-12 billion) is a very small amount of money and does not offer enough hope of addressing the major issues within the education sector.

In general, in order to encourage equality of opportunity in education, user fees must be eliminated at the secondary school and other levels. These fees contribute to the continued marginalisation of groups and a disadvantaged status between boys and girls, urban and rural, rich and poor. A study by TGNP shows that, out of the 39% of secondary school students attending government schools, a mere 8% come from the poorest households in the Tanzania communities and 34% are from the relatively well-off 20% in the communities (TGNP, 1998). Research by Katunzi and Sumra (1991) and TADREG (1996) showed that the cost-sharing policy has hit hardest boys and girls from low-income families, and therefore, reinforced low par-

ticipation of both girls and boys. Therefore, user fees for secondary school have a great deal of implications when discussing reducing poverty within the country. The implication of these costs is that only an elite group receives the necessary education to be the prime decision-makers within the country. In Tanzania, a mere 15% of the overall recurrent budget is reserved for financing the education sector, as compared to 35% in Kenya and 22% in Uganda. Cost sharing, with its implications of the allocation of fewer resources at different levels, has implications for quality, gender equality, corruption, and even more, the fact that you are depriving the majority of the people of their basic rights. The government has the ability, if it would efficiently reallocate its internal resources within government and sectors, it can do this work.

In order to address serious concerns about inadequacy of access of poor Tanzanians to primary and secondary education, we recommend that the government PRSP process, to be approved by the WB soon, consider the following, among others:

- Cost sharing interventions should be eliminated at the primary and secondary levels within the PRSP.
- Include a broader examination of user fees, looking at not only the actual fee but also all the other associated factors that constrain many people. This includes recognition of the fact that costs for a secondary education include books, desk, uniform, transport, housing, and others.
- Reshuffle its current resources, in order to better finance education. There are areas that it could do so; for example the Personnel and Annulments that go to key people within government and Parliament; if they would reduce these, it could return to the people themselves. For instance, one-tenth of the money spent on houses, furniture and

transport of top officials should be given to a girls scholarship fund.

- Instituting mechanisms for private sector to contribute to education,
- If there is any need remaining, creating creative and flexible mechanisms for parents and students to contribute to the educational system, such as through loans.

USER FEES IN THE HEALTH SECTOR

Although the government's overall objective of providing health status for all Tanzanians remains the same, there is an increased move towards privatisation and the public health sector is increasingly deprived of vital funds. In this process marginalized groups are increasingly impacted. The government needs to get rid of the user fees in the health sector, as the health of Tanzanians is crucial to development of the country. The Public Health System is the right of all Tanzanians, who contribute to government revenue. If the government can shirk some of its responsibilities, it cannot do so for health. The private sector has an important role to play but the Public Health System should be the backbone of health services the country. Otherwise the lives of the citizens would be at risk, as so many examples have begun to emerge showing this.

First, we do not believe that the user fee policy in Tanzania is functioning. There is evidence from several studies and newspaper articles to the contrary, indicating that pregnant women and rural poor are unable to access crucial medical services, although these groups are supposedly exempted. These, especially the women, are the same groups that are doubly taxed, in that they are contributing to the future workforce of the country and then are required to pay for doing so. Women give involuntary subsidies to the health sector in various

ways, including working as TBAs and caring for the infirm at home, and they should get some benefit. The government has yet to make this connection between the health of the people and the unpaid labour of some groups such as women. Apart from contributing to foreign exchange revenues through production and paying their taxes, they feed most of the patients in hospitals. On top of all that and cost sharing, they have to bring all-important items during delivery when it is hypocritically claimed that mothers and children under five receive free treatment.

The PRSP document needs to provide coherent strategies and evidence on how the current policy is going to be affected in the real sense. It should also establish mechanisms for monitoring that this policy is currently being implemented.

We are aware that the health reform programme has brought in a number of cost effective health interventions to be developed. The government Budget if used effectively and according to proper priorities can meet most of the costs and donors can make important contributions since most of these are preventive or curative at dispensary and Health Centre levels. Interventions affecting infants and children such as immunisations receive much donor assistance. The government, through the MoH, needs to install management mechanisms to ensure that equipment obtained is not lost, as well as providing annual maintenance funds and replacements when necessary.

OVERALL COMMENTS

From the above discussions, we are proposing the following demands:

The proposals by the government on user fees on education and health sectors should be further analysed with more input from the civil society, meaning the public. Relevant revelations have shown that there are at times some mis-communication between the

government and the voices of the people. Many issues on the constraining environment in the sectors of education and health were raised by voters and candidates most recently during the course of the General Elections in October 2000. How come the PRSP processes continue without taking into consideration these issues being expressed by the public?

The PRSP process as it is currently drawn, does not allow for collection and use of available data and case studies from the public, meaning that the proposals are not coming from concrete experiences that are happening every day. It is of critical importance that the PRSP processes open up and listen to the voices of the marginalised groups, such as women, youth and poor groups who will address the impacts of many of these policies, particularly the user fee.

What we need is the abolition of user fees for health, education and water sectors, and the World Bank should stop making conditions on the same.

Also we are demanding that the World Bank, when it looks at issues of cost sharing, it should look at the issue much more broadly and holistically. Experience shows that their strategies to overcome the constraints created by the effects of withdrawal of support to the social sectors come in piecemeal, e.g. special funds for education and for health.

We are also demanding from our own government to devise more innovative strategies to obtain revenue, such as taxing and encouraging donations from the rich and the companies in the country, so that it helps to increase the money that government has to spend. The revenue base of the government is looking primarily at traditional sources of revenue.

We also want to demand a more transparent monitoring and documentation of the implication of the costs of user fees and costs by government, donors, and the World Bank. Women and men of Tanzania have the right to know how their own government is serving their health and educational needs. In this way, we want our government to report in a transparent way how many women and men, girls and boys are able to access and benefit from the provided services. We want them to report the different types of services received by women and men, girls and boys. This is because good services are a right and not a privilege. A greater part of the money saved when overseas countries say Tanzania can pay less interest on its loans or can pay interest later should be dedicated to education and health, while ensuring that spending from other sources remains the same or is increased.

COMMENTS ON THE PRSP FROM A TANZANIAN PERSPECTIVE

Throughout the PRSP processes, civil society organisations were demanding for more active involvement and participation in the process of both NGOs and communities. However, on the whole CSOs were involved in a superficial and half-handed manner. The government developed the document internally, while civil society organisations were involved in a separate process, convened by the Tanzania Coalition for Debt and Development (TCDD). At a later stage, the civil society working groups managed to participate in the sharing sessions in the documents already prepared by the government (the zonal workshops). Rather than having a joint-sharing process about the best way to merge the civil society and government inputs, the inputs prepared by the civil society organisations were simply sent to

the government-led processes for integration. The consultation that was done was all in a rushed manner, not allowing for true dialogue, discussion, and debate.

The latest stage, the National Workshop carried after the zonal workshops of the government process, involved NGOs to some extent, in that some NGOs were invited to comment at that workshop on all the topics in the strategy paper. Some of their inputs were very critical but ended there. They were not again called for their participation in the final drafting of the paper, although they had argued that the final process should include representatives of civil society organisations. In this way, civil society organisations were involved only at late stages of the process and did not truly participate in the process of preparing the

poverty strategy paper for the United Republic of Tanzania.

On the whole, the final PRSP document does not demonstrate any gender perspectives and civil society inputs in a meaningful way. Many of the civil society actors feel cheated by both the government and the donors, especially the World Bank, who have been emphasising the importance of the civil society participation in the PRSP preparations and approval processes.

Source: This material is being reposted for wider distribution by the Africa Policy Information Center (APIC) www.africapolicy.org, gekürzte Fassung

„ERLAßJAHR 2000“: Eine Kampagne geht dem Ende zu

Friedel Hütz-Adams (Siegburg)

„Die Kampagne "Erlaßjahr 2000" hat zwei Ziele:

A: einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder der Erde im Jahr 2000,
B: die völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldern und Gläubigern („Internationales Insolvenzrecht“)
(Auszug aus der Plattform der Kampagne)

Es fällt schwer, eine Bilanz der Erfolge und Misserfolge von „Erlaßjahr 2000“ zu ziehen. Die Bilanz der Kampagnenarbeit wird wahrscheinlich je nach Blickwinkel sehr unterschiedlich ausfallen. Dennoch lohnt der Blick zurück - auch um Perspektiven für die Weiterarbeit zu entwickeln.

Beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln wurde im Juni 1999 etwas beschlossen, was zwar

banal klingt, doch ganz neue Wege eröffnet: Schuldenerlasse und Armutsbekämpfung sollen verknüpft werden. Dies ist ein Novum. Zuvor hatten die Gläubiger immer verweigert, in die Diskussionen über die Schuldenkrise die Armutsbekämpfung mit einzubeziehen. Vor allem der Internationale Währungsfonds (IWF) beharrte darauf, dass nur eine veränderte Wirtschaftspolitik die Basis für einen Schuldenerlass sein könne. Diese so veränderte Politik werde dann langfristig auch automatisch zur Verringerung der Armut führen. Daher schrieb er überschuldeten Ländern Strukturanpassungsprogramme (SAP) vor. Gemeint ist damit ein Bündel von haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Auflagen. Die Programme stellen weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen des kre

ditnehmenden Landes dar. Die Bekämpfung der Armut war in diesem Zusammenhang nie ein eigens definiertes Ziel - geschweige denn Teil der tatsächlich getroffenen Maßnahmen. Im Gegenteil: Kritiker erheben den Vorwurf, die Zahl der Armen sei in den betroffenen Ländern durch diese Struktur-anpassungsprogramme deutlich gestiegen. Nun weist einiges auf eine mögliche Kurs-änderung hin. Die von „Erlaßjahr 2000“ geforderte Entkoppelung der derzeitigen Struktur-anpassungsprogramme von einem Schuldenerlass steht zwar nicht auf der Tagesordnung. Im Gegenteil: Im Ab-schlussdokument des Kölner Weltwirt-schaftsgipfels wird deutlich, dass Armuts-bekämpfung und Struktur-anpassung zu-gleich umgesetzt werden sollen. Doch um dies zu gewährleisten sollen die Schuldner-länder jeweils ein „Strategiepapier zur Ar-mutsreduzierung“ („Poverty Reduction Strategy Paper“, PRSP) erstellen. Bei der Erarbeitung dieser Papiere soll die Regie-rung eng mit der Zivilgesellschaft koope-rieren, IWF und Weltbank sollen lediglich beratende tätig werden.

So positiv diese Entwicklung zu be-werten ist, die Nachteile liegen auf der Hand: Der IWF hat durch die Armutsbe-kämpfungsprogramme nun auch noch einen direkten Zugriff auf den Sozialsektor in den HIPC-Ländern erhalten. Er kann jetzt noch weiter in die entsprechenden Budgets der jeweiligen Länder hineinregieren. Die Ab-stimmung mit SAPs ist unklar. Fest steht bereits jetzt, dass die Erarbeitung der Ar-mutsbekämpfungsprogramme erhebliche Zeit in Anspruch nimmt, da die Zivilgesell-schaft sich organisieren und in einigen Fäl-len zudem ihre Interessen gegen die eigene Regierung durchsetzen muss.

Doch diese Mitwirkung der Zivilgesell-schaft an der Gestaltung der Politik ihrer Länder eröffnet viele neue Chancen. Die Menschen fordern ihre Rechte ein und for-

mulieren eigene Konzepte. Genau zu beo-bachten ist allerdings, ob die Gläubiger die Erstellung der Armutsbekämpfungspro-gramme zur Verzögerung der Erlasse miss-brauchen. Eine abschließende Bewertung des Prozesses wird erst möglich sein, wenn erste Länder den gesamten Prozess durch-laufen haben. Doch bei aller Skepsis: Die Beschlüsse von Köln beinhalten eine Reihe von Chancen. Die Weltbank und der IWF müssen insbesondere im Bereich der Ar-mutsbekämpfung beim Wort genommen werden. Die neuen partizipativen Angebote von Bank und Fonds sollten vor allem die Zivilgesellschaften im Süden nutzen. Ge-rade die Erarbeitung von Armutsbekämp-fungsprogrammen kann neue zivilgesell-schaftliche Bündnisse schaffen, die die Zukunft ihrer Länder mitgestalten wollen. Die Beispiele Tansania und Bolivien haben in Jahr 2000 gezeigt, was in Bewegung gesetzt werden kann.

EIN FAIRES UND TRANSPARENTEN VERFAHREN

„Erlaßjahr 2000“ machte die Idee eines internationalen Insolvenzverfahrens bei den deutschen Politikerinnen und Politikern bekannt. Der Bundestag forderte am 20.4.1999 die Bundesregierung zur Prüfung eines internationalen Insolvenzverfahrens auf. Der nächste Schritt ist die intensive parlamentarische Debatte im Rahmen einer Anhörung, deren Federführung beim Fi-nanzausschuss liegt. Diese wird im März 2001 stattfinden. Auch international mehren sich die Stimmen, die eine Reform der Ent-schuldungsverfahren fordern. Dazu gehört inzwischen auch UN-Generalsekretär Kofi Annan.

WO STEHEN WIR HEUTE?

Fest steht, dass es der Kampagne gelungen ist, das Schuldenthema wieder auf die poli-

tische Tagesordnung zu bringen. Zudem konnten viele Menschen über die Auswirkungen der Schuldenkrise informiert und ihre Unterstützung gewonnen werden. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist der Ausbau der weltweiten Vernetzung der Nichtregierungsorganisationen. Der tatsächliche Vollzug der Entschuldung kommt nur in ganz kleinen Schritten voran: Mit Uganda wurde erst ein Land tatsächlich teilschuldet, 21 Staaten erhielten die Zusage, dass sie entschuldet werden. Doch selbst dieses Wenige wäre nicht erreicht worden, wenn es keine Kampagne „Erlaßjahr 2000“ gegeben hätte. Es gäbe dann keine Diskussion um eine Verfahrensreform und auch keine Ansätze einer Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Erstellung von Armutsbekämpfungsprogrammen

GEHT ES WEITER?

Bei der Mitträgersversammlung wurde sowohl im Plenum als auch in Arbeitsgruppen darüber diskutiert, welche Schwerpunkte die weitere Arbeit haben sollte und wie die Nachfolgestruktur der Kampagne aussehen könnte. Die dort vorgeschlagenen Themenschwerpunkte waren:

- Die Einführung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens (Fair and Transparent Arbitration - FTA nach dem Modell eines internationalen Insolvenzverfahrens).
- Die Beobachtung und kritische Begleitung der Umsetzung der Entschuldungsbeschlüsse für die 41 sogenannten Hochverschuldeten Armen Länder (HIPC-Länder).
- Die Eröffnung von neuen Erlassmöglichkeiten für Länder außerhalb der - HIPC-Gruppe.
- Die Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen und an der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF).

- Die Verknüpfung der Entschuldung mit Handels- und Finanzmarktfragen.

Um all die inhaltlichen Aufgaben erfüllen zu können wird eine Nachfolgestruktur geschaffen, die die Arbeit der vielen aktiven Kirchen, Gruppen und Nichtregierungsorganisationen weiterhin koordiniert und bündelt. Bei der Mitträgersversammlung bestand Konsens darüber, dass für eine erfolgreiche Weiterarbeit ein Koordinationsbüro mit hauptamtlichen Kapazitäten erforderlich ist. Gleichzeitig wurde jedoch betont, dass die Fortsetzung der Schuldenarbeit nur gelingen kann, wenn in vielen der Mitträgerorganisationen auch weiterhin engagiert zum Thema gearbeitet wird und auch dort hauptamtliche Kapazität über das Ende der Kampagne hinaus erhalten bleibt.

WAS KOMMT AUF SIE ZU?

Der Verlauf der Diskussion und die Stimmung bei der Mitträgersversammlung zeigten, wie motiviert viele Mitträger sind: Sie werden auf verschiedenen Wegen weiter aktiv für Veränderungen im Umgang mit Schulden und Schuldnern eintreten. Anfang März wird das Konzept für die weitere Entschuldungsarbeit den Mitträgern der Erlassjahrkampagne vorgestellt. Im Mai (11.-13.5.2001) wird dann bei der in Münster stattfindenden Mitträgersammlung die Kampagne "Erlaßjahr 2000" beendet - und eine neue Struktur der Schuldenarbeit aus der Taufe gehoben. Wir informieren Sie im Kampagnenkurier über die Vorbereitungen auf Seiten der Nichtregierungsorganisationen und zeigen Möglichkeiten zum Engagement auf.

Kontakt: www.erlassjahr2000.de
 buero@erlassjahr2000.de
 Tel.: 02241 – 591 226

DIE ELCT UND DAS EEPRO – PROGRAMM

Aminiel Mungure, Finanzsekretär der Kirchenleitung der Evangelical Lutheran Church in Tanzania, im Gespräch mit Dr. Almut Nothnagle (Berliner Missionswerk)

Herr Mungure, herzlich willkommen in Berlin. Sie sind in der ELCT für die Finanzplanung und Haushaltsberatung der 20 Diözesen Ihrer Kirche zuständig. In welcher Situation befinden sich die Gemeinden der ELCT z. Zt. – finanziell, geistlich und strukturell?

Ich werde hier nur auf die Situation der Gemeinden eingehen. Sämtliche Personalkosten sowie alle Kosten, die durch die verschiedenen Gemeindeaktivitäten, z.B. Kirchenmusik, entstehen, werden von den Gemeindegliedern getragen – in Form von Spenden und Kollekten, die sonntags nach dem Gottesdienst eingesammelt werden. Darüber hinaus erzielen Gemeinden Einkünfte durch wirtschaftliche Aktivitäten: indem sie eine eigene Farm, eine eigene Kaffeepflanzung betreiben oder eine Mühle besitzen oder ein kleines Waldstück, das sie forstwirtschaftlich nutzen. Nun gibt es Faktoren, die diese Finanzquellen erheblich beeinträchtigen. Vor allem ist das der gewaltige Preisverfall bei landwirtschaftlichen Produkten. In Tanzania finden Sie viele brachliegende Kaffee- und Teeplantagen. Auch Baumwolle wird kaum noch angebaut. Und weil der Großteil der ländlichen Bevölkerung vom Erlös der Ernte abhängig ist, ist auch deren Einkommen beträchtlich zurückgegangen – und damit die Einkünfte der Gemeinden. Ihre Mitglieder sind deutlich ärmer geworden. Pastoren sind von den Gemeinden zu finanzieren. Das heißt, die Gemeinde wird als Arbeitgeber, der Pastor als Arbeitnehmer gesehen, und so ergibt sich eine gegenseitige Verantwortlichkeit. Der Pastor muss sich für die Menschen seiner Gemeinde verantwortlich fühlen, und

die Gemeinde muss sich bemühen, dass ihr Pastor ein Gehalt bekommt, von dem er leben kann.

Die ELCT hat seit einem Jahr das EEPRO-Programm eingeführt, um den einzelnen Diözesen bei ihrer Zukunftsplanung zu helfen. Was bedeutet EEPRO?

EEPRO steht für Efficiency Enhancement Programme. Wir haben uns gegen den Begriff Umstrukturierung entschieden, weil er missverstanden werden kann und den Eindruck von Entlassungen und Abbau erweckt. Das Ziel des Programms aber ist es, die Effizienz der ELCT zu verbessern. Seit 1990 sieht sich die ELCT finanziellen Einschränkungen gegenüber. Ursache ist zum einen die wirtschaftliche Situation. Zum anderen gingen und gehen die Zuschüsse der Partnerkirchen zurück. Es war äußerst schwierig, unseren Menschen klar zu machen, dass sich die Situation in vier, fünf Jahren drastisch verschlechtern wird, wenn sie nicht sofort handeln. Wir sind an die Bischöfe unserer Diözesen herangetreten und haben ihnen gesagt: Jetzt ist nicht die Zeit, über Neubau oder Ausbau unserer kirchlichen Einrichtungen zu sprechen oder über größere Projekte, die wir auf Dauer nicht unterhalten können. Wir sollten unsere Arbeit konsolidieren und uns bemühen, in den Bereichen, in denen wir gegenwärtig tätig sind, die best möglichen Ergebnisse zu erzielen. Es war sehr schwer, Gehör zu finden. Einige halbherzige Maßnahmen wurden getroffen. Hier und da wurde ein Mitarbeiter entlassen, aber alles blieb sozusagen Stückwerk und ging an dem eigentlichen Finanzproblem vorbei.

In der ELCT gab es ein Team mit unseren Partnerkirchen in Übersee, das sich mit Finanzanalyse beschäftigte und die Finanzlage aller Diözesen und auch der Kirchenleitungen untersuchte. Und auf Grund dieser Analyse konnten wir feststellen, ob die jeweilige Einrichtung überlebensfähig ist oder nicht. Die erste Untersuchung von 1995 ergab, dass 50 Prozent der ELCT-Einrichtungen längerfristig nicht existieren können. Sie waren finanziell am Ende. Danach unterbreiteten wir der Kirchenleitung unsere Vorschläge, sagten, wo Vorhaben aufzugeben sind, wo umstrukturiert werden muss. Die Kirchenleitung akzeptierte unsere Arbeit – und schob jegliche Entscheidung hinaus, bis sich 1997 die Situation dramatisch verschlechterte. Gehaltszahlungen blieben aus, für sechs Monate, für ein ganzes Jahr. Pfarrer und Mitarbeiter beschwerten sich, Ärzte verließen die Krankenhäuser, weil sie das niedrige Gehalt, das die Kirche zahlte, nicht akzeptierten. Die Lage hatte sich zugespitzt. Hätte man 1990 reagiert, wäre es vielleicht nicht zu diesem Kollaps gekommen. Um etwas zur Rettung der Situation zu tun, entwickelten wir das EEPRO Programm. Damit wollten wir deutlich machen, dass wir selbst aktiv werden müssen und dass die Gemeindeglieder sozusagen Eigentümer ihrer Diözesen sind. Die Diözesen, besonders ihre Leitungen, hatten sich über viele Jahre darauf verlassen, dass ihre Struktur von den Partnerkirchen gestützt werden könne. Jetzt entwickelten sich die Dinge so, dass Diözesen ihre Gemeinden einfach in Stich ließen oder Gemeinden sich von ihren Diözesen trennten. So konnte das nicht weitergehen. Die Diözesen müssen von ihren Mitgliedern geleitet werden. Darum geht es in unserem Programm. Und es muss das Verantwortungsbewusstsein seitens der Leitung der ELCT stärker ausgeprägt werden. Um das zu erreichen, ist der Verwaltungsstil der Leitung zu verän-

dern. Management ist ein großes Feld, ein spezielles Fachgebiet. Bei uns fühlt sich der Bischof für alles verantwortlich und trifft alle Entscheidungen. Aber heute kann es nicht bei dieser Praxis bleiben. Wenn ein Pastor auf dem Standpunkt steht, dass er für alles verantwortlich ist, die Gemeinde auf ihn hören muss und ihn nicht kritisieren darf, so ist das nicht zu akzeptieren. Und ebenso muss der Bischof sagen können: Ich bin der Bischof und habe eine Leitungsfunktion, aber ich möchte auch eure Meinungen hören.

Müssen die Diözesen bestimmte Bedingungen erfüllen, um in das EEPRO-Programm aufgenommen zu werden?

Grundsätzlich wollten alle Diözesen bei diesem Programm mitarbeiten, doch dann meinten einige, dass das Programm nur für die ganz schwachen Diözesen von Bedeutung sei. Und so war das Image von EEPRO nicht besonders positiv. Das hat sich geändert. Die Diözesen haben festgestellt, dass das Programm hilft, Probleme zu erkennen. Aber es geht nicht darum, alle Einrichtungen über einen Kamm zu scheren. Die Gegebenheiten sind ganz verschieden, und so werden mit dem Programm auch einzelne Probleme ganz individuell angegangen. Aber 11 Diözesen waren in einer so schlimmen Verfassung, dass eine generelle Lösung entsprechend unserem Programm erforderlich war.

Worum es uns in Sachen Management außerdem geht: Leitungstätigkeit hat vor allem auch mit Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht zu tun. Wir haben bei Besuchen in vielen Diözesen festgestellt, dass die Rechenschaftsberichte nicht den jeweiligen den Aufsichtsgremien vorgelegt wurden. Sie haben die Berichte nie bekommen und haben auch nicht danach gefragt. Hier haken wir ein und fragen die Ausschuss-Mitglieder: Was machen Sie eigent-

lich in Ihrer Funktion, wenn Sie es unterlassen, die Finanzen zu überprüfen? Einige dieser Mitglieder waren wirklich erschrocken und erschüttert, als wir ihnen sagten, dass ihre Diözese bankrott ist, jede Menge Schulden hat oder ähnliches.

Nun ist die Struktur bei uns auch etwas unglücklich. An der Spitze des Executive Council, des Aufsichtsgremiums, steht der Bischof. Und der Generalsekretär ist verantwortlich für die Verwaltung der Diözese. So liegen Finanzen und Bücherrevision in einer Hand. Bei Sitzungen ist der Bischof der Vorsitzende und der Generalsekretär die Exekutive. Und diese beiden entscheiden, welche Probleme in den Ausschüssen behandelt werden. Und wenn es ein Problem gibt, das die Entscheidungsträger selbst berührt, bleibt es ihnen überlassen, ob sie die Sache weiterleiten oder nicht. Diese Struktur stellen wir in Frage, aber es braucht Zeit, ehe sich etwas ändert. Also wenn jemand für die Finanzen zuständig ist, kann er nicht gleichzeitig mit der Revision des Rechnungsprüfungsberichts beauftragt werden. Er muss sich der Kritik und den Fragen der anderen stellen.

Welche Auswirkung kann und sollte Ihrer Meinung nach der EEPRO-Prozess auf die Partnerschaftsgruppen hier in Deutschland haben?

Partnerschaften können sehr effektiv und sinnvoll sein im EEPRO-Prozess – nicht nur hinsichtlich der finanziellen Mittel, sondern durch ihr Wirken. Ein Beispiel: Wir beschäftigen uns mit Einrichtungen unserer Diözesen und mit Strukturen, die nicht funktionieren. Und wir wollen Gemeinden und Kirchenleitung enger zusammenbringen. Oft gibt es da eine beträchtliche Kluft. Wenn es nun eine Partnerschaftsbeziehung gibt, die zur Folge hat, dass sich Gemeinde und Leitung voneinander entfernen, wirkt

sie kontraproduktiv. So sollte sich jede Gruppe fragen, ob ihre Hilfen und ihre Kontakte dem guten Verhältnis zwischen Gemeinde und Leitung dienlich sind. Ein zweites Beispiel: Wenn eine Partnerschaftsgruppe eine Klinik, eine Schule oder andere Einrichtung bauen möchte, muss sie wissen, dass eine Gemeinde sie niemals unterhalten kann. Selbst die Regierung hat Probleme, ihre Schulen zu unterhalten. Wer also Einrichtungen baut, die nicht erhalten werden können, tötet den EEPRO-Prozess. Und er trägt zur Abhängigkeit statt der angestrebten Unabhängigkeit bei. Es kommt jetzt darauf an, die schon existierenden Institutionen und Programme zu konsolidieren. Wir müssen realistisch denken und uns nicht von unseren Zukunftsträumen verführen lassen. Es gibt viele Projekte, die auf Dauer nicht finanzierbar sind, z.B. viele Kliniken. Die ELCT hat einen Plan zur koordinierten Gesundheitsförderung („Managed Health Care“-Programm) entwickelt. Wenn die Partner in Übersee einer Gemeinde bei der Einrichtung eines Gesundheitszentrums helfen möchten, sollten sie vorher fragen, ob diese Unterstützung mit der Gesundheitspolitik der ELCT übereinstimmt.

In den kommenden Jahren wollen wir auch Richtlinien für diakonische Einrichtungen in den Diözesen entwickeln. Dann können wir unsere Partner bitten, ihre Spendenvorhaben mit unserer Planung zu koordinieren. Die Partner können uns aber auch direkt in unserem EEPRO-Programm unterstützen, indem sie dafür Gelder zur Verfügung stellen. Wir könnten diese Gelder verwenden, um Seminare zu organisieren, oder Management-Führungs-Workshops, oder Einführungskurse in den Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln.

Alle diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Diözesen gestärkt werden.

DER VERSTÄDTERUNGSPROZESS IN AFRIKA

Gregor Meerpohl (Misereor, Aachen)

ENTSTEHUNG VON STÄDTEN

Die meisten Städte Afrikas entstanden während der Kolonialzeit und wurden als koloniale Verwaltungs- und Handelszentren konzipiert, die an den Interessen und Bedürfnissen der Kolonialmächte ausgerichtet waren. Es wurde erwartet, dass der ländliche Bereich diese geschaffenen Zentren unterstützen sollte. Die Planung der Kolonialstädte folgte überwiegend den Vorstellungen europäischer Planungsstrategien und klar nach ethnisch getrennten Wohn- und Siedlungsbezirken. Die nach Volkszugehörigkeit ausgerichteten Zonen der Stadt wurden nach der Unabhängigkeit de facto beibehalten und durch Klassenzugehörigkeit ersetzt. Die ehemals europäischen Wohngebiete sind heute die Wohngebiete der afrikanischen Eliten.

NACH DER UNABHÄNGIGKEIT

Betrachtet man den Zeitraum von der Unabhängigkeit vieler afrikanischer Staaten bis heute, so haben sich Städte in Afrika in drei Aspekten wesentlich verändert: a) in ihrer Größe und ihrer räumlichen Gliederung, b) in der Qualität und der Verteilung und Zugänglichkeit von öffentlichen Dienstleistungen, Infrastruktur und Wohnungsversorgung und c) im Bereich des Arbeitmarktes und der Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Veränderung in Größe und räumlicher Ausdehnung ist am offensichtlichsten, da sich die Einwohnerzahlen vervielfacht haben. Interessant ist hierbei, dass der rapide Zuwachs zunächst bei den Großstädten stattfand, sich dieser jedoch verlangsamt hat und statt dessen ein verstärktes Wachstum

bei den Mittel- und Provinzstädten zu verzeichnen ist.

Mit dem stagnierenden und später sinkenden Wirtschaftswachstum waren die Stadtverwaltungen zunehmend nicht mehr in der Lage, dem steigenden Bedarf an Dienstleistungen und Infrastruktur nachzukommen, das bestehende Dienstleistungsangebot aufrechtzuerhalten und den Unterhalt und die Wartung der bestehenden Infrastruktur sicherzustellen. In Dar es Salaam sanken die Pro-Kopf-Ausgaben an städtischen Dienstleistungen jährlich um ca. 11 %. Besonders betroffen sind hier die Wohnviertel der Armen. Während für die Gebiete der Wohlhabenden und politisch Einflussreichen die Grundversorgung nicht nur gesichert bleibt, sondern oft noch weiter ausgebaut wird, wird die Versorgung in den Armenvierteln ständig eingeschränkt und oft gar eingestellt. Folge davon sind nicht mehr funktionierende und defekte Straßen, das Anwachsen von Müll und Abfall auf den Straßen und auf nicht dafür vorgesehenen Flächen innerhalb der Wohngebiete, dadurch oft bedingte Kontamination von Grund- und Trinkwasser etc. Die WHO schätzt, dass in den Städten Afrikas weniger als 20 % des anfallenden Mülls und Abfalls eingesammelt und umweltgerecht deponiert wird. Müll und Abfall stellen somit ein Gefahrenpotential für Umwelt und Gesundheit dar und bedingen Choleraausbrüche, erhöhte Kindersterblichkeit, Malaria, Diarrhöe etc.

In den 80er Jahren fand gleichzeitig ein starkes Anwachsen an sogenannten Spontansiedlungen von informellen Siedlungen und informellem Wohnungsbau statt, die die

Unfähigkeit der meisten Regierungen und Verwaltungen zeigte, ausreichend Siedlungsland bereitzustellen. Die Mehrheit der Stadtbevölkerung zählt zu den ärmeren Bevölkerungsgruppen.

FOLGEN UND PROBLEME DER VERSTÄDTERUNG

Die gravierendsten Probleme sind heute zunehmende städtische Armut und Wohnungsnot. Einkommen, Beschäftigung und Zugang zu den Dienst- und Versorgungsleistungen sind extrem ungleich verteilt. Weit über ein Drittel der städtischen Bevölkerung weltweit lebt unterhalb der Armutsgrenze und kämpft ums Überleben und gegen Arbeits- und Obdachlosigkeit. Steigende industrielle Produktion, wachsender Verkehr, fortschreitende Besiedlung sowie wachsender privater Konsum verbrauchen knappe Ressourcen wie Wasser, fossile Brennstoffe und Boden. Gleichzeitig belasten sie durch Abfall und Emissionen die Umwelt.

ARBEITSMARKTSITUATION

Mit dem sinkenden Wirtschaftswachstum in den 80er Jahren und dem drastischen Reduzieren der Verwaltungsapparate und öffentlichen Einrichtungen hat sich das Arbeitsplatzangebot deutlich gesenkt. Der informelle oder unregulierte Arbeitsmarkt nimmt dagegen rapide zu. Dies drückt sich aus in den ständig wachsenden Spontansiedlungen und der ebenso steigenden Zahl von Kleinhändlern, Straßenimbissplätzen, kleineren Gewerbebetrieben in den Spontansiedlungen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Der Druck zu überleben lässt viele aber auch in nicht legale oder gesellschaftlich problematische Bereiche abgleiten, wie illegales Brauen und Destillieren von Alko-

hol, Prostitution, Kleinkriminalität und Eigentumsdelikte etc.

Eine weitere Zuspitzung erfuhr diese Situation durch die Strukturanpassungsmaßnahmen. Zwischenzeitlich gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die den Tatbestand dokumentieren, dass insbesondere die Armut in den Städten der Länder wuchs, in denen Strukturanpassungsprogrammen durchgeführt wurden. In diesen Ländern hat eine relativ große Zahl an Beschäftigten einen bis dahin als relativ sicher gehaltenen Arbeitsplatz verloren.

ANSÄTZE ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSSITUATION

Wenn städtische Armut verstanden wird als weit mehr als nur Mangel an Einkommen und alle Aspekte der Benachteiligung und Marginalisierung mit einbezogen werden, dann kann eine große Palette von richtig angesetzten Initiativen zur Verbesserung der Wohnsituation, der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur, Transport, Kommunikation etc. wesentlicher Bestandteil von Armutsbekämpfungsprogrammen werden. Ein wichtiger Aspekt bei der Bekämpfung der Armut ist die aktive und partizipative Beteiligung der Gruppen in diesen Programmen und ihre Unterstützung darin, entsprechende Organisationsformen aufzubauen, Verhandlungen zu führen, Forderungen aufzustellen und das vorhandene Selbsthilfepotential zu mobilisieren.

Es muss zu Selbstmobilisierung kommen, bei der die lokale Bevölkerung direkter Akteur der Veränderung wird, unabhängig von externen Organisationen und Ressourcen. Sie müssen einen wesentlichen Bestandteil des Entwicklungsprozesses selbst bestimmen können.

URBAN COMMUNITY EXCHANGES

Diana Mitlin (Dar es Salaam)

Im folgenden Text von Diana Mitlin /Beraterin zu Urban Community Exchanges geht es um die Vorstellung und Diskussion von 'urban community exchanges' (Austauschprogramm für Initiativen städtischer Gemeinwesenentwicklung) zwischen Gruppen von Frauen als ein Instrument für Mobilisierung, Lernen, Entwicklung und Bildung von Zivilgesellschaft. Die Vernetzung und Netzwerkarbeit dieser städtischen Initiativen wird von verschiedenen Entwicklungsorganisationen (u.a. MISEREOR) gefördert und zielt insbesondere auf den SÜD-SÜD- Erfahrungsaustausch unter den Partnern über die Kontinente hinweg. 1999 wurde die 'Urban Exchange' -Netzwerkarbeit in Tansania auf einem nationalen Workshop der diözesanen Frauenkoordinatorinnen vorgestellt. Aus dieser Initiative entstand bisher in Tansania - unter Aufbau auf lokalen Ansätzen - ein loser Verband zwischen vier Diözesen (Mwanza, Arusha, Tabora, Dar es Salaam).

"No university has taught you to come from the village, to squat on land, to build your own house, to find work. Nobody gave you this training, but you have all that knowledge. We learn from each other. If you tell your story to another person, she will learn from you: how you came here, what you did to survive. It's the same with how to deal with money, how to negotiate with government, how to build a house, how to lay a drain... We make what we need, we don't wait for government to solve our problems."

Jockin Arputham, President of the National Slum Dwellers Federation, India.

URBAN POVERTY AND URBAN DEVELOPMENT

Urbanisation is increasing rapidly and by 2005 it is expected that half the world's population will live in cities and towns. In the South, some 600 million people who live in cities are homeless or living in life and health threatening homes and neighbourhoods. Urban growth offers increasing mobility and jobs, but cities are ill equipped to provide housing, infrastructure and support to their growing populations, or to poor people who migrate to cities in search of work. New ways for local governments and communities to communicate and work together need to be found if equity, social justice and peace are to be achieved.

Recognising that professional 'solutions' rarely address the needs of low-income communities, some Southern NGOs and

community organisations have begun to look for alternatives. Understanding that effective resolution of problems must emerge from the activities and experiences of communities themselves they seek to root learning, experimentation and exploration within low-income communities. A key methodology to achieve this has been community exchanges, building local experiences and linking communities into networks and federations.

THE METHOD OF EXCHANGES

From the mid-1980s, groups in Asia, and more recently in Africa, have been involved in a series of community to community exchanges. This process of exchanges has enabled community groups to identify solutions that work for poor people, building their capacity to create and provide their own resources for these solutions, and ena-

bling them to seek state resources on their own terms. Every organisation is either practising savings and loans or exploring the advantages of such an approach. The community federations' members are small autonomous women - centred and people-managed local associations. The savings groups that are a part of this process hold millions of dollars in savings in a variety of formal bank accounts for housing, emergencies and income-generation. Above all, such savings are a commitment to a process of solidarity among the urban poor. What unites these organisations is a common approach. What makes this movement more than a hollow title is continuous network of local, national and international horizontal exchanges, taking place in the shape and form that offers maximum benefits to the urban poor.

POVERTY ALLEVIATION

With 10 years of experience of exchange programmes, there is growing evidence of their advantages for neighbourhood and city development:

- Exchanges mobilise large numbers of poor people to organise, learn from others and represent themselves in a dialogue with the state and other groups in civil society.
- Exchanges identify and use existing community resources, thus emphasising what communities can contribute to their own development.
- Exchanges bring about community participation through a process of direct horizontal learning without the need for professional external involvement, thus rooting learning within low-income communities. Women are particularly attracted to this form of learning.
- Exchanges speed up and scale up known development processes through

effectively transmitting them to new communities.

- Exchanges benefit both the receiving and visiting groups. The visitors learn first hand and see that "if they can do it, we too can do it". The hosts reflect on their own activities, giving new impetus and building confidence.
- Exchanges often catalyse a dialogue with local and national officials, and can give low-income communities a higher profile through local media.
- Exchanges enable an understanding of urban issues to go beyond the community. Through encouraging networks and federations of community leaders, they equalise and transform the relationship between government and low-income citizens. International exchanges build a wider solidarity, raising the status of low-income communities and giving them a voice to advocate globally.

- The advantages of collective efforts can be illustrated succinctly by the diminishing time needed for network members to secure land. It took the Indian federation some 10 years to obtain their first land for housing development, the South African Federation took four years, now the Zimbabwean Federation has secured land after one year of work.

A VOICE FOR THE SOUTH

The experience of urban community exchanges in Asia and Africa has been innovated and refined by Southern community organisations and the NGOs that support them. Through this project, the Southern partners are seeking to expand understanding of and support for community exchanges in the North and to explore international advocacy mechanisms to promote community exchanges.

VERSTÄDTERUNG IN ARMUT

Prof. Dr. Volker Kreibich (Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund)

Die großstädtischen Agglomerationen der Entwicklungsländer wachsen zum größten Teil ohne ordnende Stadtplanung auf informelle Weise. Bis zu zwei Drittel aller Wohngebäude werden ohne Bauleitplanung und Baugenehmigung errichtet. Die Folgen sind schwerwiegende Nutzungskonflikte und Versorgungsdefizite, aber auch der Zwang zur lokalen Selbstregulierung des Bodenmarktes und der Siedlungsentwicklung. Dazu müssen die informellen Siedler Normen, Verhaltensweisen und Institutionen entwickeln, die Elemente einer bedarfsgerechten, angepassten und partizipativen Planung enthalten.

SELBSTREGULIERTE

SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Inwieweit die Selbstregulierung der Siedlungsentwicklung bei der Verstädterung in Armut in der Lage ist, die Defizite der staatlichen Sicherung von Eigentumsrechten, der öffentlich-rechtlichen Steuerung der Bautätigkeit und der Infrastrukturversorgung aufzufangen, wird in einem Forschungsschwerpunkt an der Fakultät Raumplanung seit mehreren Jahren in verschiedenen Ländern untersucht. Dabei geht es vor allem um die Bestimmung der Bedingungen, die gegeben sein müssen, um mit den knappen öffentlich-rechtlichen Ressourcen eine nachhaltige Steuerung der Siedlungsentwicklung und eine Grundversorgung mit Infrastruktur zu erzielen. Im Mittelpunkt steht das Leitbild einer strategischen Entwicklungsplanung, bei der sich die öffentliche Hand auf kritische Interventionen konzentriert und endogene Steuerungs- und

Versorgungspotentiale aufgreift, stabilisiert und integriert.

Bei der Verstädterung in Armut können nach der Gründungsphase, in der die Siedlungen durch notdürftige Behausungen bei geringer Dichte und Landwirtschaft zur Selbstversorgung und für lokale Märkte geprägt sind, zwei alternative Entwicklungspfade beobachtet werden: Stabilisierung durch Selbstregulierung oder übermäßige Verdichtung. Für jeden Entwicklungspfad wird im folgenden ein typisches Beispiel aus Tansania kurz vorgestellt.

STABILISIERUNG DURCH

SELBSTREGULIERUNG:

CHANG'OMBE IN DODOMA

Das Parlament des ostafrikanischen Landes Tansania wurde im Jahre 1973 von der größten Stadt Dar es Salaam in das Landesinnere verlegt. Die neue Hauptstadt Dodoma, die damals nur rund 45.000 Einwohner aufwies, sollte in Anlehnung an „nördliche“ Vorbilder repräsentativ ausgebaut werden. Dazu legte ein kanadisches Consultingteam einen Masterplan vor, der einen Grüngürtel mit Gartenstädten um das Stadtzentrum und das neue Regierungsviertel vorsah. In einem der wenigen Abschnitte des Grüngürtels, der auch verwirklicht und mit langen Alleen bepflanzt wurde, lag die kleine Siedlung Chang'ombe. Die Bewohner zogen nach ihrer Enteignung¹ aber nicht weg, sondern nahmen in ihrem Dorf Haus-

¹ Nach dem tansanischen Bodenrecht wird bei der Enteignung nicht der Verkehrswert des Landes erstattet, da es nur ein Nutzungsrecht gibt, sondern die Investitionen, die darauf getätigt wurden.

halte auf, die durch das Hauptstadtprogramm aus dem Stadtzentrum vertrieben worden waren (Kombe/Kreibich 1997). Die Zuwanderer errichteten ihre Häuser so, dass die Baumalleen, die von der Capital City Development Authority (CDA) gepflanzt worden waren, erhalten blieben, um keinen weiteren Anlass für eine Intervention zu bieten, da sie sich ihrer Illegalität bewusst waren. Damit entstand eine verhältnismäßig regelmäßige städtebauliche Struktur mit baumgesäumten Straßen bzw. linearen Freiräumen, die auch heute noch erkennbar ist, obwohl die Siedlung auf fast 10.000 Einwohner angewachsen ist. Ähnliche Strategien zur Ausrichtung „ungeplanter“ Siedlungen an vorgegebenen raumbildenden Strukturen wurden auch in den anderen untersuchten Stadtteilen in Tansania festgestellt, z.B. die Anlehnung an Erschließungswege in früheren Kokosnuss- oder Sisalplantagen (Kombe/Kreibich 1999). Dieses Verhalten ist in Siedlungen, in denen in der Gründungsphase noch keine Kraftfahrzeuge verkehren und die Parzellierung im Zuge der Nachverdichtung vorwiegend durch Einzelseigentümer erfolgt, keineswegs selbstverständlich. In übermäßig verdichteten Stadtteilen ist die Blockade von Fußwegen und sogar Straßen durch Hauserweiterungen oder Neubauten ein weit verbreitetes Problem. Die „geordnete Erschließung“ wurde in Chang’ombe von den örtlichen Autoritäten (Vorsitzende der Ten Cell Einheiten und der Staatspartei CCM) bewusst verfolgt und gezielt umgesetzt, indem sie neue Siedler berieten und ihnen mit einfachen Werkzeugen wie Sisalseilen und Pflöcken bei der Anordnung ihrer Häuser halfen. Auch die Flächen für einen zentralen Markt, der mit Kraftfahrzeugen angefahren werden kann, ein kleines Verwaltungsgebäude und einen Busparkplatz wurden von den gewählten

Selbstverwaltungsorganen der Siedler ausgewiesen und von Bebauung freigehalten. Sie erhielten dabei keine Hilfe durch die Capital City Authority, die ihnen vielmehr zehn Jahre lang wiederholt mit Abriss drohte. Als die CDA von der Zentralregierung schließlich angewiesen wurde, den Bestand der Siedlung anzuerkennen, weil sich die ursprünglichen Ausbaupläne als überzogen herausgestellt hatten, verfasste das Planungsamt der Stadt Dodoma einen Bebauungsplan, der offensichtlich einem ausländischen städtebaulichen Leitbild nacheifert und die bereits erfolgte Besiedlung vollständig negiert. Er ist deshalb ohne praktische Auswirkungen. Dieses realitätsfremde Vorgehen ist ein Beispiel für die ineffiziente, nicht an strategischen Zielen ausgerichtete Prioritätensetzung der öffentlichen Hand und die dadurch bedingte Verschwendung der knappen Planungsressourcen.

Die Stadt ist nicht einmal in der Lage, die Siedler bei der Sicherung von Grundeigentumsrechten oder bei der Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zu unterstützen. Die Bewohner von Chang’ombe mussten deshalb – wie in vielen anderen informellen Siedlungen in Afrika – selbst Institutionen aufbauen und Verfahren entwickeln, die für die Absicherung ihrer Nutzungsrechte und die funktionelle Entwicklung ihrer Siedlung unbedingt erforderlich sind.

Beim Kauf eines Grundstücks² wird das Grundbuch durch den Abschluss eines „sozialen Vertrages“ ersetzt, indem Käufer und Verkäufer vor Zeugen, in der Regel alle Nachbarn und örtliche Autoritätspersonen, ein Formular unterzeichnen, das von der

² Nach dem geltenden Recht können außerhalb beplanter Gebiete nur Nutzungsrechte erworben werden, die aber in der Praxis wie Eigentumstitel anerkannt werden.

untersten Verwaltungsstelle³, dem Parteibüro⁴ oder – wie in Chang’ombe – von einer Siedlervereinigung entworfen wurde. Es enthält neben den Namen der beteiligten Parteien in der Regel die Namen der Zeugen, eine möglichst genaue Lagebeschreibung für das Grundstück anhand der Nachbargrundstücke und natürlicher Landmarken, die geschätzte Größe, den Kaufpreis und das Datum. Die sofortige Einzäunung des Grundstücks, oft mit einer niedrigen Hecke, soll ebenfalls das fehlende Grundbuch ersetzen. Auseinandersetzungen über Eigentumstitel oder Grenzverläufe werden in erster Instanz ebenfalls von den gewählten Führungspersonlichkeiten der Siedlung oder des Stadtteils geschlichtet. Wenn sie keine Einigung erzielen können und ein staatliches Gericht angerufen wird, werden die informellen Verfahren und Dokumente in der Regel anerkannt.

Nach der Legalisierung der Siedlung, mit dem schnellen Einwohnerwachstum und nach der Ausstattung mit Basisinfrastruktur, die noch von der Siedlervertretung betrieben wurde, aber den Zuzug städtischer Bevölkerungsgruppen auslöste, ging der Einfluss der Institutionen zur Selbstregulierung der Siedlungsentwicklung immer mehr zurück. Sie werden jetzt mehr mit sozialen Aufgaben befasst. Erste Fälle, in denen die Baufluchtlinien übertreten wurden, sind bereits erkennbar, und die Klagen über Grenzstreitigkeiten und Blockaden von Erschließungswegen nehmen zu. Der Stadtteil ist in die kritische Entwicklungsphase eingetreten, in der die lokale Selbstregulierung der Siedlungsentwicklung durch gezielte Maßnahmen der städtischen Planungsverwaltung

gestärkt und in besonders wichtigen Bereichen, wie dem Schutz von Straßenräumen und öffentlichen Frei- und Reserveflächen, von der hoheitlich legitimierten Planung und Exekutive abgelöst werden müsste.

ÜBERMÄßIGE VERDICHTUNG: KEKO MWANGA IN DAR ES SALAAM

Auch im Stadtteil Keko Mwangi in Dar es Salaam war die Selbstregulierung der Siedlungsentwicklung in der Anfangsphase des Siedlungswachstums wirksamer als die ineffiziente „Schattenplanung“ der Kommune. Mit zunehmender Verdichtung wurden die Institutionen zur lokalen Regulierung aber so sehr geschwächt, dass der Stadtteil heute eine Entwicklungsphase erreicht hat, in der die übermäßige Verdichtung zu einer ernsthaften Gefährdung der öffentlichen Gesundheit und wichtiger Versorgungsfunktionen geführt hat (Kombe/Kreibich 1999).

Keko Mwangi liegt nur zwei Kilometer vom Stadtzentrum von Dar es Salaam entfernt in der Nähe des Hafens. Auf einer Fläche von 31,5 ha wohnen 25.000 Menschen; außerdem befinden sich dort große Industrie- und Gewerbegebiete. Das Viertel ist mit der Innenstadt durch zwei Fußpfade verbunden und deshalb ein attraktiver Standort für Wohnen, Kleingewerbe und Handel.

Bis in die 70er Jahre behielt die Siedlung trotz der Nähe zur Innenstadt ihren landwirtschaftlichen Charakter. Die Grundstücke wurden schrittweise von ihren „Nutzer-Eigentümern“ parzelliert. Nachdem die Kommune eine Ausweisung als Industriegebiet zurückgenommen hatte, setzte eine schnelle Nachverdichtung ein, die bereits in den 80er Jahren die Siedlungsdichte auf 40 – 50 Häuser pro Hektar steigen ließ.

In dieser Phase gelang es den lokalen Institutionen, vor allem den gewählten Vorsit

³ Die Subwards oder *mitaa* besitzen dafür kein Mandat.

⁴ Nach dem Ende des Einparteiensystems kann die CCM diese Aufgabe in der Regel nicht mehr wahrnehmen.

zenden der Stadtteilverwaltung (mitaa) und der örtlichen Parteigliederung, noch Einfluss auf die Siedlungsentwicklung auszuüben. Sie konnten erreichen, dass ein traditioneller Versammlungsplatz unter einem großen baobab-Baum für die Einrichtung eines Stadtteilmarktes freigehalten und die Fläche für eine Polizeistation gesichert wurde. Ein Konzept für die Erschließung der Siedlung gab es aber nicht, so dass viele Quartiere bald nicht mehr mit Fahrzeugen erreicht werden konnten. Inzwischen wurden selbst die beiden verbliebenen Zufahrtsstraßen an mehreren Stellen durch Hauserweiterungen eingeengt. Die Verbindung zwischen den beiden Straßenstücken wurde vollständig blockiert. In Gesprächen beklagten sich die Siedler, dass es in einigen Quartieren nicht einmal mehr möglich sei, „einen Sarg zu tragen, ohne ihn zu kippen“⁵. Die örtlichen Selbstverwaltungsorgane sind aber immer noch für die Absicherung der Grundstückstransaktionen und die Schlichtung von Grenzstreitigkeiten und Nachbarschaftskonflikten zuständig. Gerade wegen der stark gestiegenen Bodenpreise werden die Selbstverwaltungsorgane, die hier ebenfalls eigene Formulare und Prozeduren entwickelt haben, als Ersatz für die fehlenden öffentlich-rechtlichen Instanzen bei fast allen Immobilientransaktionen eingeschaltet.

In einem hoch verdichteten Stadtteil wie Keko Mwanga lassen sich die schwerwiegenden Hygiene- und Umweltprobleme und die immer mehr zunehmenden Nutzungskonflikte nur noch durch hoheitliche Maßnahmen bewältigen. Die Kommune sah sich dazu aber bisher nicht in der Lage. Erst mit dem neuen, problemorientierten und strategisch angelegten Stadtentwicklungskonzept

des Environmental Planning and Management Programmes, das die Stadt Dar es Salaam bzw. das für die Stadtentwicklung zuständige Ministerium in Zusammenarbeit mit Habitat und UNEP (Scholz/Scheutzow 1998) durchführt, wurden dafür geeignete Voraussetzungen geschaffen.

CHANCEN UND GRENZEN SELBSTREGULIERTER SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Die Überforderung der öffentlich-rechtlichen Instanzen bei der Steuerung der Siedlungsentwicklung unter den Bedingungen einer rapiden Verstädterung in Armut kann zumindest in der Anfangsphase und auch später noch teilweise durch das Engagement lokaler Institutionen ausgeglichen werden. Sie können sich auf der Grundlage sozialer und ethnischer Homogenität bilden und brauchen die breite Akzeptanz der Siedler. Die soziale Selbstregulierung der Siedlungsentwicklung und ihrer rechtlichen Voraussetzungen wie Eigentumssicherung und Konfliktschlichtung kann teilweise sogar in praktischen Fragen mit dem öffentlich-rechtlichen System zusammenarbeiten. Siedlungsverdichtung, Landknappheit und die Zuwanderung neuer Bevölkerungsgruppen setzen der Selbstregulierung Grenzen, obwohl der öffentlich-rechtliche Sektor das dadurch entstehende Regulierungsdefizit nicht füllen kann. Die Bewältigung der Anforderungen an eine nachhaltige Steuerung der Siedlungsentwicklung wird deshalb nur gelingen, wenn der öffentliche Sektor eine strategische Allianz mit den lokalen Selbstregulierungssystemen eingeht. Die knappen Ressourcen der öffentlichen Verwaltung (Kapital, Personal, Kompetenz, Durchsetzungsfähigkeit) müssen dazu auf diejenigen Siedlungen konzentriert werden, in denen die Siedlungsdichte, die Höhe der Bodenpreise und die Komplexität der Land

⁵ Zu den Mechanismen der exzessiven Nachverdichtung vgl. die Fallstudien in Kombe/Kreibich 1999, S. 111 ff.

nutzung eine Selbstregulierung der weiteren Entwicklung durch die Siedler in Frage stellen und nicht - wie in der bisherigen Praxis - auf den wirkungslosen Versuch einer Steuerung des Siedlungswachstums durch die Neuausweisung von Siedlungsgebieten. Diese strategische Neuorientierung der Planungspolitik hätte zur Voraussetzung, daß die lokalen Steuerungspotentiale vom öffentlich-rechtlichen System zur Kenntnis genommen, gefördert und gezielt zum Ausgleich der eigenen Defizite eingesetzt werden. Damit wäre der Weg bereitet für eine wirksame, bedarfsgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung im Prozess der Verstädterung in Armut.

Dieser Text ist ein Auszug aus einem Aufsatz, der demnächst veröffentlicht wird (Kreibich 2001).

Literatur:

- Kombe, Wilbard J.; Kreibich, Volker: Informal Land Management in Tanzania. Dortmund 2000 (SPRING Research Series 29)
- Kombe, Wilbard J.; Kreibich, Volker: Reconciling Informal and Formal Land Management: An Agenda for Improving Tenure Security and Urban Governance in Poor Countries. In: Habitat International, 24 (2), 2000, S. 231 - 240
- Kreibich, Volker: The Spatial Form of the Informal City - Rome, Madrid, Dar es Salaam. Journal of Area Studies 12, 1998, S. 120-134
- Kreibich, Volker: Informelle Planung? In: Schmals, Klaus M. (Hg.): Was ist Raumplanung? Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 89, Dortmund 1999
- Kreibich, Volker: (ed.): Informal Responses to Deficits in Formal Land Management. Special issue, Habitat International, 24 (2), 2000
- Kreibich, Volker: Verstädterung in Armut. In: Kurth, Detlef u.a.: Städtebau. Dortmund 2001 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 100)
- Scholz, Wolfgang; Scheutzow, Katja: Das SDP-Programm in Dar es Salaam. Eine Zwischenbilanz. In: Jahrbuch Stadterneuerung 1998, S. 163 -182

DAR ES SALAAM - NICHT WIRKLICH AFRIKA?

Irene und Michael Seitz (Neuendettelsau)

In den letzten sieben Jahren hatten wir es immer wieder gehört: "... ihr lebt ja gar nicht richtig in Tansania, Dar Es Salaam ist schon halb Europa..."

Was daran stimmte war, dass wir nicht dort lebten, wo es so aussieht, wie man sich gemeinhin Afrika pur vorstellt: kleine Dörfer, Frauen, die morgens das Wasser vom Bach holen und dann das Essen im Freien über dem Feuer kochen, Dorfversammlungen und Gottesdienste unter einem Baum im Freien, weite Landschaften, in denen man fast nie ein Auto sieht ... Aber das ist nur ein Teil der afrikanischen Wirklichkeit. 1997 lebten bereits 26%, also etwas mehr als ein Viertel, der tansanischen Bevölkerung in Städten. Die Vereinten Nationen erwarten, dass bereits 2010 mindestens 43% der Menschen in Afrika in Städten leben. Die Landflucht nimmt auch in Tansania immer mehr zu und man schätzt, dass Dar

Es Salaam *täglich* um 700 - 800 Menschen wächst. Die Stadt, die 1952 ca. 100.000 Einwohner zählte, hat inzwischen schätzungsweise 3 Millionen erreicht.

WER LEBT IN DAR?

Ursprünglich war Dar Es Salaam und sein Hinterland v.a. von Angehörigen der Ethnie der Wazaramo besiedelt. Die Einwohner heute spiegeln die Vielfalt der Ethnien und Religionen Tansanias wider. Menschen aus allen Teilen Tansanias kommen, um Arbeit zu finden, eine Ausbildung zu bekommen oder ganz einfach, weil man sich hier ein besseres Leben erhofft als zu Hause auf dem Dorf. Die Kontakte zu Angehörigen der eigenen Volksgruppe bzw. der eigenen Großfamilie bleiben meistens bestehen, und man sucht auch in der Stadt nach den Menschen, die man schon von "zu Hause" kennt.

Es entstanden in der Großstadt Wohngebiete, in denen ein großer Prozentsatz der Bewohner aus einem Volk kommt. Heimat wird für viele Zugewanderte und oft auch deren Kinder Dar Es Salaam nie richtig werden. Wenn irgend möglich, fährt man mindestens einmal im Jahr "nach Hause". Die Fahrt wird oft vom Arbeitgeber bezahlt. Ist man nicht mehr erwerbstätig, so kehrt man zum Verbringen des Lebensabends "nach Hause" zurück. Stirbt man in der Stadt, so werden keine Kosten gescheut, den Leichnam in die Heimat zu überführen. Man sieht: die Stadt ist für viele nur Durchgangsstation, in der man Geld verdient. Das ändert sich aber allmählich. Es gibt inzwischen besonders unter den Jüngeren vermehrt Ausnahmen dieser Regel. Von ihnen wird Dar Es Salaam als "zu Hause" angesehen.

So, wie sich die ethnische Zusammensetzung verändert hat, so hat sich auch die Religionszugehörigkeit verändert. Die Religion der meisten Menschen an der Küste war und ist der Islam - außer in Dar Es Salaam. Hier sind viele Christen zugezogen, und es gibt nicht wenige, die den Anteil der Christen in der Stadt auf 50% schätzen. Moscheen, Kirchen und Hinweisschilder auf traditionelle Heiler sind an allen Ecken und Enden zu finden.

Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist in Dar besonders krass. Es gibt eine sehr kleine reiche tansanische Oberschicht, oft handelt es sich um Tansanier indischer Abstammung, und eine kleine Mittelschicht. Der größte Teil der Bevölkerung ist aber sehr arm. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft - wie weltweit - immer mehr auseinander. Dazu kommt noch eine Anzahl von Expatriates (Nichteinheimische) wie z.B. Mitarbeiter internationaler Organisationen, Botschaftsangehörige, Mitarbeiter im Entwicklungsdienst oder von ausländischen Firmen.

WIE LEBT MAN IN DAR?

Man merkt, dass man in einer Großstadt lebt: An den vielen Menschen, den vielen Läden, an den Verkehrsstaus, an der Betriebsamkeit. Aber trotzdem haben die Menschen hier viel Gelassenheit und begegnen einem fast immer freundlich. Ein deutliches Zeichen für die Armut des Landes sind die Straßenkinder und Bettler, die an den Ampeln stehen. Der größte Teil der Bevölkerung bewohnt meist kleine Stein- oder Lehmhäuschen, die mit Wellblech gedeckt sind. Eine Familie mit mehreren Kindern hat oft nur einen Raum zur Verfügung.

Dabei darf man natürlich nicht vergessen, dass sich das Leben hier tagüber normalerweise im Freien abspielt. Im Freien wird z. B. gekocht und gewaschen. Straßenhändler laufen durch die entlegensten Stadtviertel mit ein paar Hemden über den Arm in der Hoffnung, Käufer zu finden. Abends haben in den Wohngebieten fast alle Läden offen. Beim Licht von elektrischen Lampen oder Petroleumleuchten steht man beisammen und unterhält sich oder lässt in einer der vielen Bars um die Ecke den Tag ausklingen.

Der Einfluss der sogenannten Print- und elektronischen Medien nimmt immer mehr zu. An vielen Straßenecken in der Stadt findet man Internetcafes, in denen auch Schüler und Studenten ihre Emails abrufen und nach Informationen über Stipendien im Web suchen. Radiosender versorgen die Menschen mit den neuesten Hits und Nachrichten, und viele der Bars an der Ecke haben immer einen Fernseher laufen, in dem einer der acht lokalen Fernsehsender zu sehen ist.

WAS SIND PROBLEME IN DAR?

Wie es sich in dieser Millionenstadt lebt hängt natürlich davon ab, zu welcher Schicht man gehört und wieviel Geld man

hat. Viele Probleme treffen aber alle, wenn auch in verschiedenem Maße. Es gibt Straßen, Wasserversorgung, Stromversorgung, Telefon, medizinische Versorgung und manches mehr. Bevor wir ausreisten, fragten wir uns manchmal, wieso wir in der Stadt ein geländegängiges Fahrzeug brauchen. Bald wunderten wir uns eher, wie all die normalen Autos ohne größere Schäden am Unterboden davon kommen. In der Regenzeit wäre manchmal ein Boot als Transportmittel angebracht.

Wasser aus der Leitung gibt es vor allem dann, wenn auch Wasser vom Himmel kommt. Es kommt immer wieder zu sehr großen Wasserproblemen in der Stadt.

Wenn die Regenzeit nicht genug Regen bringt oder gar ausfällt, sind die Flüsse, aus denen die Stadt größtenteils ihr Trinkwasser bezieht, fast ausgetrocknet. In manchen Stadtteilen gibt es u.U. wochenlang kein Wasser. Die Bevölkerung muss mehrere Kilometer bis zur nächsten "Wasserquelle" laufen oder das Wasser teuer eimerweise kaufen. Auch wir mussten vor einigen Jahren einen Monat lang Wasser von besser mit Wasser versorgten Bekannten holen. Die Wasserkrisen führen immer wieder dazu, dass Krankheiten wie Cholera ausbrechen, weil die Menschen dreckiges Wasser aus Tümpeln und Bächen benutzen müssen.

Alle paar Jahre kommt es zu Stromabschaltungen, weil der Wasserstand der Stauseen zu stark gefallen ist und nicht genug Geld für den Kauf von Diesel für die Wärmekraftwerke vorhanden ist. Ein anderes Problem aber sind die Stromschwankungen, die elektrische Geräte zerstören. Wir hatten alle wichtigen Geräte mit Spannungswächtern abgesichert. Aber was macht ein Tansanier, der all sein Geld gespart und zusammengeliehen hat, um einen gebrauchten Kühlschrank zu kaufen?

WARUM IST DAS ALLES SO?

Ein Hauptgrund ist das Missverhältnis von rasantem Bevölkerungszuwachs und Ausbau der Infrastruktur und Vorhandensein von Ressourcen. Die Wasserversorgung z.B. ist seit einem halben Jahrhundert nur notdürftig ausgebaut worden. Auch Stromversorgung und Straßenbau hält nicht mit dem Zuwachs Schritt. Der Bevölkerungszuwachs kam nicht überraschend, der Ausbau der Infrastruktur kostet aber Geld und finanzielle Unterstützung von anderen Ländern reicht dazu nicht immer aus. Auch fällt das Planen oft schwer, und man wartet so lange bis es fast zu spät ist.

WIE GEHT ES WEITER?

In den sieben Jahren, in denen wir in Dar Es Salaam gelebt haben, hat sich die Infrastruktur verbessert, und man sieht deutliche Bemühungen, die Stadt lebenswerter zu gestalten. Einen wichtigen Beitrag leistet dabei das "Sustainable Cities Programm (SCP) - Tanzania". Es wurde 1992 in Dar Es Salaam begonnen. Die Stadt ist damit eine der weltweit elf Städte, die mit Unterstützung des "UN Centre for Human Settlements", der UNDP, und der World Bank eine bessere Zukunft für ihre Bewohner aufbauen wollen. Daneben gibt es auch eine Vielzahl von NGOs und anderen Initiativen, die in verschiedenen Stadtteilen mit den Menschen vor Ort das Leben in der Stadt erträglicher machen wollen.

In den letzten sieben Jahren haben wir aber auch gesehen, dass die Schere zwischen Arm und Reicher größer geworden ist. Der Zugang zu medizinischer Versorgung oder zu einer Schule kostet mehr Geld. Immer mehr Menschen sind arbeitslos geworden. Die Herausforderungen sind riesig, und es ist offen, ob es gelingen wird, diese und andere Städte in eine bessere Zukunft zu führen.

URBAN VEGETABLE PRODUCTION IN DAR ES SALAAM

Stefan Dongus (University of Freiburg, Institute of Physical Geography)

The growth of cities can be observed all over the world, but particularly in almost all cities of developing countries, where the increase of population proceeds extremely fast. Cities are growing because of rural-urban migration coupled with natural population growth. As a result, these cities are facing enormous problems like unemployment, growing poverty, lack of basic services and deterioration of the environment. In ten years, for the first time in human history, more than half of the world's population will live in urban environments, and according to the World Resource Institute (WRI), about 56% of the developing world's absolute poor will be living in urban areas. The urban poor belong to the most vulnerable group in times of crisis. Reasons can be found in the limited access to food, land and water (Drescher&Mäckel 2000). Growth in urban poverty, food insecurity, malnutrition and a shift in their concentration from rural to urban areas will accompany urbanisation.

Today in Tanzania 20% of all inhabitants live in urban areas (UNITED REPUBLIC OF TANZANIA 1996). Estimations foresee that already in 2010 half of the Tanzanian population will live in urban areas with Dar es Salaam being by far the most important centre of all. Dar es Salaam shows a growth rate of 8% per year; its population is estimated at 3 million people in 1999 by the Dar es Salaam City Commission and has doubled in the last ten years.

Involvement in the informal economy has become a strategy for survival for the un-

employed, the low wage earners and for women without sufficient skills to get well paid jobs. The creation of new jobs in the modern sector in Dar es Salaam can not keep up with the urbanisation. Mass unemployment and employment in the informal sector is characteristic for this development. More than half of the urban population is absorbed by the informal sector. For urban households, food production in the city has become an important strategy to cope with the demands of daily life, as urban agriculture generates income and food supply.

URBAN AGRICULTURE WORLD-WIDE AND IN DAR ES SALAAM

Urban agriculture as defined by MOUGEOT (MOUGEOT 2000) is "an industry located within or on the fringe of a town, a city or a metropolis, which grows or raises, processes and distributes a diversity of food and non-food products, (re-)using largely human and material resources, products and services found in and around that urban area, and in turn supplying human and material resources, products and services largely to that urban area". Urban agriculture includes horticulture, floriculture, forestry, aquaculture, and livestock production. The United Nations Development Programme (UNDP) estimates that 800 million people are engaged in urban agriculture world-wide. Regarding the current discussion on sustainable development on the global as well as the local level, there is an increasing awareness about the importance of urban agriculture, which is expressed by the involvement

of various institutions and governments, for example the Food and Agriculture Organisation of the United Nations (FAO) and the German Ministry for Development Co-operation (BMZ).

By 1988, one in five people of working age in Dar es Salaam were involved in some form of urban agriculture (Smit et al 1996). The two major production systems for vegetable production in the urban parts of Dar es Salaam are the open space system and the homegarden system.

Homegarden production or backyard farming is in terms of the number of households involved by far the most important urban production system in Dar es Salaam and practised throughout the whole city area, among all income groups. In contrast to open space production, homegardening is commonly done by women. The cultivation of the land is legal, as the right to use it is linked with the tenure of the house or the permission of the landlord (Jacobi et al 2000). The major part of vegetables grown in homegardens is consumed by the gardeners themselves, their relatives and neighbours, and is a very important source of vitamins, whereas only few of these vegetables are sold. Thus homegardening is mainly subsistence oriented.

VEGETABLE PRODUCTION ON OPEN SPACES AND ITS IMPORTANCE

Market production of vegetables in Dar es Salaam is taking place on open spaces all around the city, very often it is the only source of income for the farmers involved. These agricultural open spaces are either privately or institutionally owned land, to which the farmers got access through formal or informal agreements with the owners. Production also takes place on public open

spaces like railway reserves or under main power lines, and is currently just tolerated by the authorities.

It is estimated that at least half of the leafy vegetables appearing on the city's markets originate from open space production (Jacobi et al 2000), which emphasises the importance of this type of agriculture in Dar es Salaam's urban areas. A large number of farmers of open spaces obtained their plots during the economic crisis in the first half of the 1970s (with a severe famine in 1974). During this period, the Tanzanian government encouraged people in the city to cultivate every available piece of land. After a decrease in farming in the late 1970s, it has increased again in recent years. Farming on open spaces is generally done by men.

Regarding ecological aspects in a metropolis like Dar es Salaam, the importance of vegetable production on open spaces can also be seen in the new potential that urban agriculture offers for recycling urban wastes. Especially composting of organic waste material would be a useful and economic way of reducing the amount of waste and at the same improving the quality of the soils. It should also be mentioned that vegetable production in the city contributes to the improvement of the urban microclimate and the beautification of the city (urban greening), and prevents illegal dumpsites and squatting.

GIS-SUPPORTED MAPPING AND ANALYSIS OF AGRICULTURAL OPEN SPACES IN DAR ES SALAAM

In the past, only estimations were available about the extent of agricultural open spaces in the urban areas of Dar es Salaam. Therefore, a more scientific approach was chosen to close this knowledge gap. The main aims of this approach were to provide decision-

makers in the city (e.g. town planners, politicians) with more accurate data to make future decisions concerning the place of urban agriculture in the city's development, and to raise public awareness for vegetable production within the urban area of Dar es Salaam. The methodology was a combination of analysing aerial photographs, field work and using Geographical Information Systems (GIS) for creating a digital map (also attached to this article) and analysing the statistical and spatial results. A full inventory of agricultural open spaces including location and size is now available for planning purposes.

The idea to create this inventory was brought up by the Urban Vegetable Promotion Project (UVPP) in Dar es Salaam, which was launched 1993 as a bilateral project of the Ministry of Agriculture and Co-operatives (MAC) and the German Technical Co-operation (GTZ). The empirical part of this project was financed by and carried out within the UVPP and its various local network partners in the city (e.g. City Commission, Sustainable Dar es Salaam Project).

RESULTS OF THE SURVEY⁶

Besides a map showing the locations, sizes and dynamic changes of agricultural open spaces in Dar es Salaam, the results of the project are mainly of statistical nature: Almost 650 ha of the urban area of Dar es Salaam are currently used for vegetable production on open spaces, which is equivalent to 4% of the whole surveyed area, offering employment for over 4000 farmers. 12% of these 650 ha are privately owned land, 48% are institutionally and 40% publicly owned. Caused by growing pressure on the land through increasing

population, the general tendency is a reduction of the area used for open space production. Over 200 ha of agricultural open spaces vanished during the last seven years. But despite this pressure, 120 ha newly emerged. This shows the viability of urban agriculture as one of the survival strategies for the urban poor and is an indication for the importance and function of open space production in the urban area of Dar es Salaam. Regarding the fact that the extent of production in homegardens is many times over the area used for open space production, the importance of urban agriculture for the city's food security becomes even more obvious.

References:

- DONGUS, S. (2000): Urban Vegetable Production in Dar es Salaam (Tanzania) - GIS-supported Analysis of Spatial Changes from 1992 to 1999. M.Sc. thesis (unpublished), University of Freiburg/Germany, Institute of Physical Geography, Freiburg.
- DONGUS, S. (2000): Vegetable Production on Open Spaces in Dar es Salaam - Spatial Changes from 1992 to 1999. Published by City Farmer, Vancouver, Canada www.cityfarmer.org/daressalaam.html.
- DRESCHER, A.W. & R. MACKEL (2000): Urban and Peri-Urban Food Security - The Example of Lusaka (Zambia). In: Urbanization, Vulnerability and Resource Management in Developing Countries. APT-Reports 11, January 2000, 56-79. Freiburg, Germany.
- JACOBI, P.; J. AMEND & S. KIANGO (2000): Urban Agriculture in Dar es Salaam: Providing an indispensable part of the diet. In: Growing Cities, Growing Food - Urban Agriculture on the Policy Agenda, 257-284. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Feldafing, Germany.
- MOUGEOT, L.J.A. (2000): Urban Agriculture: Definition, Presence, Potentials and Risks. In: Growing Cities, Growing Food - Urban Agriculture on the Policy Agenda, 1-42. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Feldafing, Germany.
- SMIT, J.; A. RATTA & J. NASR (1996): Urban Agriculture: Food, Jobs and Sustainable Cities. United Nations Development Program, Publication Series for Habitat II, Volume One. UNDP, New York, USA.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA (1996): National Report on Human Settlements Development in Tanzania prepared for Habitat II. United Republic of Tanzania.

Stefan Dongus Email: dongus@gmx.de

⁶ <www.cityfarmer.org/daressalaam.html>

BREAD FOR THE ORPHANS: Ein kirchliches Waisenkindprojekt in Mbeya

Ingrid Lehmann-Wirtz (Kirchenkreis Südtondern)

DIE SITUATION

Mbeya ist eine der größten Städte im südlichen Tansania. Wie überall ist die Zahl der Einwohner in den vergangenen Jahren stark angestiegen, weil besonders junge Leute aus den umliegenden ländlichen Gebieten in die Stadt ziehen, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden und ein besseres Leben führen zu können. Für viele allerdings bleibt das ein Traum, nur selten finden sie Arbeit und so leben sie dann häufig auf engstem Raum unter ärmlichsten Bedingungen. Wie überall im Land so ist auch in dieser Stadt die Zahl der Menschen, die an AIDS erkranken und sterben, hoch. Häufig sterben junge Menschen und lassen ihre Kinder zurück. Das traditionell so wichtige soziale Netz der Familie wird vollkommen außer Kraft gesetzt: so manche Großmutter, die kaum noch in der Lage ist, ihre eigenen bescheidenen Bedürfnisse zu decken, steht plötzlich vor der Aufgabe, mehrere Enkel mit versorgen zu müssen, weil nicht nur die Tochter und der Schwiegersohn, sondern auch die anderen Kinder und Schwiegerkinder erkrankt oder schon verstorben sind. Sind die verbliebenen erwachsenen Mitglieder einer Großfamilie dieser Aufgabe nicht gewachsen, so müssen die Kinder arbeiten, anstatt zur Schule zu gehen, häufig bleiben sie sich selbst überlassen, beginnen auf der Straße zu leben, zu stehlen oder, wenn sie etwas älter werden, ihren Körper zu verkaufen. Selbst wenn sie dieses Leben bis ins Erwachsenenalter durchstehen, ohne selbst krank zu werden, so fehlt ihnen dann die Schulbildung und damit jede Chance auf ein besseres Leben.

DIE INITIATIVE

Rev. Reuben Mwakasege kannte als Pastor der Ev.-luth. Forrest-Gemeinde diese Problematik genau und begann darum 1994 mit Unterstützung des Lutherischen Weltbundes (LWB), ein leerstehendes Gebäude in seiner Gemeinde für solche Kinder zu nutzen. Sie konnten dort wohnen, bekamen Nahrung, Kleidung und Unterricht im Lesen und Schreiben, so dass sie nach den drei Jahren, für die der LWB seine Unterstützung zugesagt hatte, in einfache Ausbildungsverhältnisse treten konnten, und ab dieser Zeit in der Lage waren, ihr Auskommen selbst zu bestreiten.

Trotz der ebenso einfachen wie erfolgreichen Konzeption dieser Initiative schien es im Jahre 1997 aber keine Perspektive für die Fortsetzung des Projektes zu geben: die Diözese hatte kein Geld, und die täglich größer werdende Zahl der Waisenkinder keine Lobby.

DAS PROJEKT

Als Mitglied einer Delegation aus dem Kirchenkreis Südtondern, der eine Partnerschaft zur Konde-Diözese unterhält, traf ich im Herbst '97 in Mbeya mit Rev.

Mwakasege zusammen, der von seiner Sorge um diese Kinder erzählte. Damals entstand die Idee, deutsch-tansanische Partnerschaft in Form von persönlichen Patenschaften für solche Kinder zu leben. Ziel sollte es sein, Kinder, deren Eltern verstorben waren, anderweitig zu versorgen, *bevor* sie die Schule verließen und auf der Straße zu leben begannen. Rev. Mwakasege nahm zu diesem Zweck Kontakt mit sämtlichen

Schulleitern der Stadt auf, die wiederum ihre Lehrer anhielten, entsprechende Fälle zu melden. Es folgten dann Besuche bei den verbliebenen Angehörigen, um mit diesen und auch den Kindern selbst zu sprechen und zu sehen, ob Hilfe möglich, sinnvoll und erwünscht wäre.

So zogen im April 1998 die ersten fünf Kinder in das bereitstehende Gebäude im Stadtteil Iwambi ein. Wenige Monate später konnte auf dem Gelände ein zweites Gebäude errichtet werden. Heute leben dort 18 Mädchen und Jungen im Alter von 9 bis 15 Jahren betreut von der Erzieherin Sabina Sawale und dem Sozialpädagogen Amon Ntakije. Neben dem Schulbesuch, der sehr wichtig genommen wird (das Projekt hat es sich zum Ziel gesetzt, jedem Kind die seinen Fähigkeiten entsprechende Schulbildung zu ermöglichen) wird gemeinsam ein Feld bestellt, es werden einige Hühner versorgt, und eine Kuh (einst von den Pateneltern als Weihnachtsgeschenk finanziert) versorgt nicht nur die Kinder mit Milch, sondern ermöglicht auch den Erwerb praktischer Kenntnisse in der Viehhaltung.

Das Projekt ist klein, funktioniert aber, vor allem Dank der beiden engagierten und vertrauenswürdigen Mitarbeiter äußerst zuverlässig, was dazu führte, dass auch andere Gruppen aus Deutschland, die partnerschaftliche Beziehungen in die Region unterhalten, sich für „Bread for the Orphans“ zu engagieren begannen. So konnte im vergangenen Jahr ein Nachbargrundstück hinzu gekauft werden, auf dem ein weiteres Gebäude entstand, finanziert als Jahresprojekt 1999 der Evangelischen Jugend München/West. Ein Übriges zu dieser Vergrößerung tat der Tansania-Arbeitskreis der evangelischen Kirchengemeinde Hamburg – Bergedorf, indem er großzügige

Mittel für die Ausstattung des neuen Gebäudes, sowie für den Anschluss des gesamten Centers an das Stromnetz bereitstellte. Damit sind nun Möglichkeiten geschaffen, eine weitere Erzieherin einzustellen und die Zahl der Kinder auf dreißig erhöhen zu können.

Mittlerweile besuchen übrigens die ersten Kinder schon die Secondary School in Manow. Alle anderen sind eifrige SchülerInnen der Iwambi Primary School. Der Projektleiter arbeitet mit den Kindern Darbietungen aus, um in den Gemeinden über die tödliche Gefahr AIDS aufzuklären. Das Projekt ist in der ganzen Stadt bekannt und wohlgehten. Häufig kommen Menschen zu Besuch – einfach so, um zu sehen, wie das Leben in Iwambi so abläuft, und oft bringen sie etwas mit: ein Pfund Zucker oder ein Stück Seife für unsere Kinder.

Die Koordination der Hilfen für das Projekt findet ehrenamtlich im Kirchenkreis Südtondern statt, aber längst gibt es auch Paten anderswo in Deutschland, es kamen Spenden aus dem ganzen Bundesgebiet für die Anschaffung von Schulbüchern zusammen, Jugendliche haben gesammelt, Kinder haben Theater gespielt oder gesungen und sich Gedanken zum Alltag der Kinder dort in Tansania gemacht.

Wenn dann in größeren Abständen ein Bündel von Briefen mit farbigen Zeichnungen für die Pateneltern in Deutschland anlangt, dann wird deutlich, dass hier wirklich ein wenig Partnerschaft gelebt wird.

weitere Informationen und Kontakt:
Ingrid Lehmann-Wirtz, Lange Ackern
6, 25920 Stedesand, Tel. 04662-1230,
Email: Diotima@t-online.de

MKATE WA WATOTO YATIMA

Bread for the Orphans

Helmut Hoffmann (Hamburg-Bergedorf)

Dies ist der Name eines Projektes, mit dem die Konde-Diözese der Evangelisch Lutherischen Kirche dem Problem der steigenden Anzahl von Aidsweisen in Mbeya, einer schnell wachsende Stadt, zu begegnen versucht. Viele, gerade auch junge Menschen, sterben an Aids trotz der guten Aufklärungsarbeit der Kirchen und anderer Institutionen. Glücklicherweise sind die Familienstrukturen oft einigermaßen intakt, so dass ein großer Teil der verwaisten Kinder von Verwandten aufgenommen wird. Trotzdem bleiben es immer noch sehr viele Kinder, die kein Zuhause finden und auf der Straße landen.

Die lutherische Kirche hat ihre Gemeinden dazu aufgerufen, Kindergärten einzurichten und darin auch Straßenkinder aufzunehmen. Dem sind die Gemeinden nach besten Kräften gefolgt und werden unterstützt von Partnergemeinden in Europa. Aber wenn die Kinder aus dem Kindergartenalter herausgewachsen sind, fängt das Problem wieder von vorn an. Und auch die Kindern, die von Verwandten aufgenommen werden, werden oft nur notdürftig durchgefüttert, aber für Schul- und Berufsausbildung ist kein Geld vorhanden, so dass die Gefahr besteht, dass solche sie, wenn sie groß genug sind, um sich selbst zu versorgen, auch auf der Straße und damit oft in einem kriminellen, zumindest asozialen Milieu landen. Darum hat die Konde-Diözese von der Stadt am Stadtrand ein Gelände zugewiesen bekommen und darauf mit finanzieller Hilfe durch den CCT (Christian Council of Tanzania) 1998 drei kleine Gebäude errichtet und zunächst 17 Jugendliche von der Straße geholt, um ihnen

nicht nur Unterkunft und Essen, sondern auch Gemeinschaft, Schul- und Berufsausbildung zu geben. Das Ziel ist es, die Jugendlichen so lange zu betreuen, bis sie einen Beruf erlernt haben und darin tätig sind und ihrerseits dann andere Jugendliche betreuen können. Zwei vom CCT bezahlte hauptamtliche Mitarbeiter leiten das Projekt. Die laufenden Lebenshaltungskosten und das Schulgeld werden durch Patenschaften (je Kind und Monat DM 50) von Christen aus Südtirol aufgebracht, organisiert von Frau Ingrid Lehmann-Wirtz.

Unsere St. Petri und Pauli Gemeinde in Hamburg-Bergedorf pflegt schon seit 26 Jahren eine rege Partnerschaft mit der Konde-Diözese. Auf unserer letzten Tansaniareise 1998 haben wir gesehen, wie nötig und segensreich dieses Projekt ist. Wir haben beschlossen, es zu unterstützen, und zwar finanziell mit einem Betrag für Inneneinrichtung, Küche und Erweiterungsbauten, und materiell durch Containersendungen mit Kleidung, Bettwäsche, Haushaltsgegenstände, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Werkzeug, Schulmaterial, Fahrrädern und vielem mehr. Auch ein Dekanat in München hat einen Geldbetrag beigesteuert. Wir freuen uns, dass die Einrichtung für 30 Jugendliche erweitert werden konnte und einige der ersten Jugendlichen auf höhere Schulen gekommen sind.

Sicher: Es ist nur ein kleiner Teil der vielen Straßenkinder der auf diese Weise „gerettet“ wird. Trotzdem: dabei von „einem Tropfen auf den heißen Stein“ zu reden, wäre menschenverachtend. Denn jeder einzelne Mensch ist es wert. Und vielleicht macht das Projekt ja auch Schule.

THE PASTORAL CHALLENGES OF FAST URBANISATION The case of Dar es Salaam

Bishop Method Kilaini (Auxiliary Bishop of Dar es Salaam)

The Zanzibar Sultan founded Dar es Salaam in 1862. At present it stretches 100 KM along the Indian Ocean. It is the political and commercial capital of Tanzania. Like in most of Africa, the city of Dar es Salaam is fast expanding. Many people are leaving the countryside to come to the city hoping for a better life. Many of them when they arrive in the city their lives do not get the expected boost but they have no wish to return in the village partly not to be seen as failures, or because they sold what they had before coming to the city and partly because they still have hope that some time in the future they will get a break-through. The population of the city is estimated at 3.5 million inhabitants, which is a quarter of all the urban dwellers in the country and over 50% are under 20 years of age. Dar es Salaam is dominantly Moslem. In the 1988 census the population was 1,360,850. The average annual increase is higher than 5%

THIS FAST URBANIZATION HAS ITS PROBLEMS

- **Lack of identity**

Many who come to the city come without families. They are uprooted from their cultural setting and feel freed from their moral obligations. Unless their education or religious beliefs help them they find themselves in a cultural-moral vacuum. This affects their moral conduct.

- **Unemployment**

Only 25% of the population has formal employment of whom 70% are employed in the public sector. With privatization many of these are losing their jobs. The rest either seek day-to-day employment or try self-employment, which for many is petty business. The streets of Dar es Salaam are full of young vendors moving from car to car trying to sell different items. There is also much prostitution for unemployed girls, which besides many other adverse effects spreads AIDS. 70% of the population lives in unplanned settlements with marginal access to basic facilities including water.

- **Crime**

The crime rate is increasing as time goes due to un-employment. Presently it is still petty crime but there is starting also drug trafficking. Street children are a very sorrowful phenomenon and are increasing at a high rate.

- **Religious radicalism**

In the city there are some elements introducing religious radicalism both Christian and Moslem. The early 1990s saw Moslem fundamentalism that almost led to violence. As the majority of unemployed youth are Moslems, any protest easily takes a religious bias. This often provoked Christian radicalism abusing what is sacred in Islam in return.

- **Political violence**

A number of political parties find it easy to use these unemployed youth in violent manifestations. They sometimes pay them some money to demonstrate. Some unscrupulous

pulous politicians exploit religious sentiments to excite people to violence.

THE EFFORTS OF THE CHURCH IN FAST URBANIZATION

- **Teaching**

The first effort of the church is teaching the love of God that liberates and gives dignity to every human being. Once this is taken seriously the other efforts are successful.

- **Identity and self-respect**

To help people in the city to have identity and community values, the church has put much effort in forming small Christian communities. When I moved into the new house the leaders of that local community came to introduce themselves and to welcome me, the chairman is a judge of the high court, the vice chairman is a retired ambassador and the secretary is a small businesswoman. About twenty families of different ranks meet once a fortnight to pray, feast or discuss their problems together. Solidarities like the Catholic Women organisation, the youth, and the professional's helps to give people identity. These groups especially the women, who are very strong, have ecumenical close contacts and cooperation with protestant groups, and even make overtures to Moslem groups. These contacts on local basis help to break isolation and one feels the need to build his social- moral reputation. This gets the rich to be aware of the poverty of their neighbours. Many have been helped through their communities.

- **Social Aid**

In cooperation with the government and other NGOs the church has organisations to help those in need. These include CARITAS that combines relief and development especially its section of Women in Develop-

ment, Child in the Sun for rescue and rehabilitation of street children, Pasada for AIDS patients, technical schools and short vocational courses, health facilities, seminars on primary health care, health insurance schemes, credit schemes, etc.

- **Advocacy**

Till 1990 the church was involved in delivering services without asking why people were suffering. But since 1992 the church in cooperation with other churches have entered social political sensitisation programmes through seminars, workshops and statements on important issues. As an example after the Zanzibar crisis between the government and the opposition party (CUF), in which people in Zanzibar died and there were and still are speeches, manifestations and rallies in Dar es Salaam for or against; the top religious leaders in the city for Catholics, Protestants and Moslems issued a common statement, condemning any violence, asking for dialogue, respect of law and human rights. This was done to block those who wanted to bring their fight into the religious arena. Reconciliation is high on the agenda of the churches in the city. This advocacy is very important as it deals not with the symptoms but with the root causes of the problems.

- **Radio Station**

The church runs a very popular radio station for the city, "Radio Tumaini". The radio is the best means to propagate all that has been expressed above. It tries to bring in the interests of other Christian denominations.

This is just to mention a few of the problems and efforts made to solve them. The task ahead is still big and the problems are growing at the rate of the fast urbanisation. Let us all help to bring hope to the many desperate people in the city.

HURUMA HEISST BARMHERZIGKEIT

Straßenkinderzentrum in Iringa

Heribert Süttmann (Beauftragter für Mission und Ökumene des ev. Kirchenkreises Berlin-Wilmersdorf)

Apfelsinen neben Birnen, neben den Birnen Bananen. Nach dem Obststand eröffnet sich dem Auge ein Stand mit Schuhen. Es folgt einer mit Kangas, dann einer mit Haushaltswaren usw. usf.

Zum Erscheinungsbild der größeren Städte im heutigen Tansania gehört ein – im Vergleich zu den sozialistischen Zeiten – exorbitant entwickelter Einzelhandels-Sektor. So hat in einer Stadt wie Iringa der Marktbereich sich schon längst weit über den Bereich der noch in der deutschen Zeit entstandenen Markthalle und ihrer Umgebung hinaus entwickelt. Die Einkaufsstraßen, in welchen sich die Stände und Shops nebeneinander drängen, machen heute einen ganzen Stadtteil, um nicht zu sagen, den Großteil des innerstädtischen Bereiches der im Hochland gelegenen Provinz-Hauptstadt ein. Auf diese Weise zieht die acht Autostunden von Dar Es Salaam entfernte an der Verbindungsstraße nach Sambia gelegene Stadt aus der ganzen näheren und ferneren Umgebung die zahlende Kundschaft an. Aber auch die nicht-zahlende. Und so kann man immer wieder die Polizei beim Schlagstockeinsatz und Zugriff beobachten. Diesem folgt dann die Abführung des oder der Verhafteten in das *Headquarter* der Ordnungsmacht. Ebenfalls nichtzahlend sind die Straßenkinder. Auch sie werden in wachsender Zahl von der Stadt angezogen. Schätzungen zufolge halten sich in der Stadt Iringa 1.000 obdachlose Kinder auf; anderen Schätzungen zufolge gar 3.000. Im Unterschied zur dünnbesiedelten, kargen und von Menschen, die selber nichts haben, bewohnten Umgebung, gibt es in der Stadt

immer irgendetwas zu holen, und sei es aus den Mülltonnen.

Abeid Mohammed stammt aus der Gegend von Mbeya, 350 km entfernt von Iringa. Abeid machte sich nach Iringa auf, weil er gehört hatte, sein Vater würde in dieser Stadt in einem Transport-Unternehmen arbeiten. So oder ähnlich stellen sich die Motive der Straßenkinder da, welche sie dazu brachten, in Iringa auf der Straße zu leben. Hintergrund hierfür ist häufig der Wegfall der Familie als Raum für das Großwerden. Abeid z.B. erzählt, seine Mutter sei gestorben, seine Verwandten lebten ebenfalls nicht mehr. Eine solche Darstellung muss nicht immer stimmen. Wahr ist es aber in jedem Fall, dass diese Kinder für sich kein Bleiben bei ihren Angehörigen mehr zu sehen vermochten, und deshalb das Weite suchen. Viele Kinder verloren wegen der vielen Dürre- bzw. Flut-Katastrophen der 90er Jahre die Einbindung in ihre Familien. Durch die meteorologischen Ereignisse wurden viele Eltern an den Rand ihrer Existenz gebracht – bis eben zu der Frage, welchen ihrer Kinder es zugemutet werden muss, es aus der eigenen Fürsorge entlassen zu werden. Häufig aber stimmen auch die Angaben über den Tod der Eltern und anderer Verwandter, vor allem wegen AIDS. Auch hört man freilich davon, dass Kinder an die freie Luft gesetzt werden, weil ihre Anwesenheit im Familienverband nicht genehm erscheint. Während Mädchen noch eher in der Familie gehalten werden, da sie sich im Haushalt nützlich machen können,

bilden Jungs die übergroße Mehrzahl. Bis in die Straßenkinder-Centren und anderen Einrichtungen hinein, die sich um die soziale und charitative Begleitung von obdachlosen Kindern bemühen. Ihnen traut man es eher zu, sich irgendwie erfolgreich durchzuschlagen: mit Betteln, Stehlen, kleinen Diensten, Jobs.

Abeid, der nach dem Tode seiner Mutter und Verwandten seinen Vater suchte, gehört im Übrigen nicht zu den Kindern, welche sich in der Stadt durchs Leben schlagen, auf sich selbst gestellt und ohne jede Perspektive eines Papas oder eines anderen Retters. Bei ihm handelt es sich gewissermaßen um ein verhandeltes Straßenkind, denn Abeid hatte Glück: Er brach auf seinem Weg nach Iringa zusammen. So fügte es sich glücklicherweise, dass er, von Polizisten gefunden – anstatt zu Fuß Einzug zu halten, um sich dann in irgend eine Ecke hinein zu verdrücken und das Leben eines Straßenkinds aufzunehmen – in einem Auto chauffiert in der Stadt einfuhr, um hier unverzüglich Unterkunft zu erhalten, im Krankenhaus. Bewusstlos dort liegend fiel er Mitarbeitern des Huruma-Zentrums auf, die dort gerade eins ihrer Kinder besuchten.

Das Huruma-Zentrum ist eines von drei Straßenkinder-Zentren in Iringa. Es ist eine Einrichtung der Iringa-Diozese (DIRA) der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Tansania (ELCT) wird ausschließlich von Übersee finanziert. Neben diesen drei Zentren gibt es in Iringa noch eine vierte Einrichtung mit ähnlicher Zielrichtung, ein Berufsbildungs- und Lebenshilfezentrum für alleinerziehende junge Mütter.

Die Arbeit des Huruma-Zentrums verfolgt eine doppelstufige Strategie: Zunächst einmal wird die Rückführung von Kindern in den Verband ihrer Familie angestrebt. Angehörige werden ermittelt und aufge-

sucht, um mit ihnen die Möglichkeit einer Aufnahme des Kindes zu sondieren und zu verwirklichen. Parallel dazu wird auch das Kind auf die Rückkehr in ein Leben im häuslichen Verband der Eltern oder anderer Verwandten vorbereitet.

Lässt sich aber eine Rückführung in den Familienverband nicht durchführen – was in den allermeisten Fällen zutrifft – so verbleibt das Kind in der Obhut des Huruma-Zentrums. Dort wächst es innerhalb des Kinderheimes unter (leidlich) stabilen materiellen und sozialen Rahmenbedingungen auf. Es erhält Nahrung, Kleidung, Schul- und Berufsausbildung. Selbstverständlich für eine christliche Einrichtung ist auch die Grundlage, die eigene Persönlichkeit als eine gläubige Christin, ein gläubiger Christ zu entfalten. Mit dieser absolut essentiellen Grundversorgung muss es freilich sein Bewenden haben. So steht z.B. häufig nur Ugali auf dem Speiseplan. Zumindest in der Vergangenheit kam es daher sogar bei diesen Kindern zu Krankheitssymptomen infolge einseitiger Fehl-Ernährung.

Neben den üblichen Problemen – Missmanagement, Nepotismus, Zweckentfremdung der dem Zentrum zugewendeten Finanzmittel – wird die Arbeit des Projektes zurzeit von der Frage begleitet, was aus den erwachsen gewordenen Kindern wird. Da es ihnen an jedem Start-Kapital für den Aufbau einer eigenen beruflichen Existenz als Friseur, Tischler oder gar Kfz-Schlosser mangelt, werden sie bisher in die Ungewissheit entlassen. Manche Beobachter der Arbeit des Zentrums sagen sogar, die Herangewachsenen werden am Ende genau dahin wieder entlassen, woher man sie einst holte. Sowohl die DIRA als auch die Mitarbeiter/innen des Huruma-Zentrums als auch seine europäischen Finanziers machen sich keine Illusionen darüber, dass die in der Arbeit des Zentrums zum Tragen kommende "Barmherzigkeit" ("Huruma") nur

gerade der berühmte Tropfen auf den heißen Stein ist. Zur Zeit sind es 38 Kinder – 5 Mädchen, 33 Jungs – die das Zentrum bewohnen. Abeid aber gehört zu den Kindern, denen die Barmherzigkeit zuteil wird, auf welche eigentlich alle 1.000 oder 3.000 Schicksalsgenossen kraft ihrer Gottesebenbildlichkeit einen göttlichen Anspruch haben.

An vieles vor seinem Zusammenbruch kann Abeid sich bis heute nicht erinnern. Nachdem aber der arabische Junge im Huruma-Zentrum auch Kisuaheli lernte, und es daraufhin gelang, ihn zur Schule zu schicken, sei er "total aufgeblüht", so berichtete freudig die Berliner Volontärin im Huruma-Zentrum. Galt der psychisch labile und von bösen Geistern geplagte Junge zunächst unter den anderen Jungen als Außenseiter, komme er nun gut mit in der Schule mit, gehe auch zum Konfirmanden-Unterricht, sei also voll integriert in die Hausgemeinschaft und auch in seinem psychischen Befinden stabil. Und so konnte Abeid auch gemeinsam mit den anderen Kindern des Kinderheimes aus der alten Reifen-Fabrik unten vor den Toren der Stadt – wo unter katastrophalen Umständen gehaust worden war – auf ein neues Gelände mit neu errichteten Gebäuden umziehen. Bei der fest-

lichen Einweihung des neuen Huruma-Zentrums stellte der offizielle Vertreter des Staates die selbstkritische Frage an die eigene Gesellschaft, wie es möglich sein kann, dass das tansanische Volk die Finanzierung eines solchen Zentrums den Deutschen überlasse.

Es bleibt zu hoffen und wird dafür Sorge zu tragen sein, dass Abeid am Ende auch die Start-Chance dafür bekommt, wirtschaftlich die Integration in die tansanische Gesellschaft zu schaffen und also ein Auskommen für sich und für eine zu gründende Familie findet.

Zweifellos ist es für das Wohlergehen gerade auch von den Kindern unerlässlich, dass Länder wie Tansania von den kapitalhaltenden Mächten der nördlichen Hemisphäre aus dem jetzigen sklavenähnlichen Dasein entlassen werden. Ebenso unerlässlich ist es aber auch, dass man dort selber die gesellschaftliche Verantwortung dafür annimmt bzw. sich nicht aus ihr entlässt, dass *jeder* Mensch die Artikel des alltäglichen Bedarfes, die der Markt von Iringa bereithält, auch kaufen kann. Es wäre ein Riesenfortschritt, wenn über diese doppelte Notwendigkeit Übereinstimmung bestünde, in Nord und Süd.

GELINGT DAS LEBEN - weder im Dorf noch in der Stadt?

Edson Lugemeleza (Pastor im Gemeindedienst für Mission und Ökumene, Plettenberg)

Das Leben ist wie eine Strasse von Mushabago – über Bukoba – bis nach Dar Es Salaam. Mushabago ist ein Dorf im Nordwesten Tanzanias, Bukoba eine kleine Stadt 90 km vom genannten Dorf entfernt an der Westküste des Viktoria Sees. Dar Es Salaam ist die ganz große Stadt in unserem Land.

Das ist die Richtung in der für viele Menschen das Leben verläuft. Man wünscht sich immer ein schönes und erfolgreiches Leben. Um das Ziel erreichen zu können, setzt man alle Kräfte und Möglichkeiten für dieses gelungene Leben ein.

Ich habe erlebt, wie sich viele Menschen entschieden haben, vom Dorf in die Stadt zu ziehen, um ein besseres Leben zu leben. Viele sagen, das Leben im Dorf ist ein langweiliges Leben. Sie begründen es damit, dass es im Dorf keine Möglichkeit gibt, ein interessantes Leben zu führen. Der Ablauf des Tages bleibt immer der gleiche und es gibt keine vielseitigen Angebote. Meistens beobachten sie, dass das Leben im Dorf mit Armut verbunden ist. Sie denken, in der Stadt zu leben, ist mit Reichtum verbunden.

In Mushabago traf ich eine Frau, die verheiratet war und sechs Kinder hatte. Bei einem seelsorglichen Gespräch sagte die Frau, dass sie nicht mehr mit ihrem Ehemann zusammenleben möchte. Sie begründete das mit folgenden Punkten: „Dieser Mann ist sehr faul, er möchte nicht arbeiten. Er kümmert sich nicht um seine Kinder. Die Kinder haben keine Möglichkeit eine Chance für eine Ausbildung zu bekommen. Wir bleiben hier im Dorf, das bedeutet, dass wir arm bleiben werden. Viele junge Familien wie wir sind in die Stadt nach Bukoba gegangen, und das Leben ist besser für sie geworden. Mein Mann will das nicht hören.“

Auch nach einem längeren Gespräch war nichts an ihrem Vorhaben zu ändern. Schließlich ging die Frau nach Bukoba. Dort versuchte sie, das bessere Leben zu gestalten. Sie begann ein kleines Projekt, indem sie „vitumbua na maandazi“ (kleine Plätzchen) verkauft hat. Aber nach etwa sechs Monaten fand sie das Leben in Bukoba nicht mehr gut. Sie dachte, das Leben in Bukoba ist fast das gleiche wie in Mushabago. Daher entschied sie sich, nach Dar Es Salaam zu gehen. „Das Leben in Mushabago und Bukoba erlaubt mir nicht, mich zu entwickeln. Ich möchte etwas anderes machen. Ich bin wirklich begabt und arbeite sehr fleißig. Aber hier in Bukoba kann ich das Geschäft nicht verbessern.“

Darum ist sie nach Dar Es Salaam gezogen. Und sie lebt dort heute noch. Während meines Heimaturlaubs im Sommer letzten Jahres traf ich sie in Dar. Aus unserem Gespräch erfuhr ich, dass sie auch in Dar das gelungene Leben noch nicht gefunden hatte. Sie erzählte mir, dass sie wieder nach Hause zu ihrem Mann zurückkehren möchte, denn das Leben in Dar ist sehr teuer und gefährlich. Jetzt findet sie es besser, in ihr Dorf zurück zu gehen. Sie erwartet die Gemeinschaft im Dorf und die Hilfsbereitschaft von Nachbarn und Verwandten. Gerade das, sagte sie mir, habe sie in Dar, aber auch in Bukoba, vermisst.

Viele Menschen in Tansania, besonders junge Menschen, möchten gern in den Städten leben, denn sie denken, dass das Leben in der Stadt zivilisierter als im Dorf ist. Viele Menschen, die auch ursprünglich in den Städten gelebt haben, sind diejenigen, die dort eine gute Ausbildung genossen haben und nun weiter in der Stadt arbeiten zum Beispiel bei der Regierung oder NGO's. Dadurch haben sie ein gutes Einkommen. Aus diesem Grund denken viele, dieses gute Einkommen liegt allein daran, dass sie in der Stadt leben. Das bringt junge Menschen dazu, in die Stadt zu gehen.

Es gibt manche Leute, die kein Interesse mehr haben, das Leben in unserem traditionellen Sinn zu leben. Im Dorf ist die Gemeinschaft sehr stark und die Nachbarschaft spielt noch eine ganz wichtige Rolle. Zum Beispiel: bei der Beerdigung helfen wir alle. Dort muss man sich wie die anderen Menschen in der Gesellschaft benehmen. Die Leute, die das nicht mehr einhalten wollen, ziehen in die Stadt, wo keiner sich um den anderen kümmert. Stehlen, Vergewaltigung, andere Leute schlagen, Töten und Prostitution sind nicht akzeptabel in der dörflichen Gesellschaft. Dort werden solche Dinge nicht toleriert. Hält sich je

mand im Dorf nicht daran, wird er von der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen. Solche Leute haben keine Wahl, sie entscheiden sich dann, in der Stadt zu leben, wo keiner auf die Vergangenheit des anderen sieht.

Manche Leute sind auf der Suche nach Arbeit. Sie haben ihren Ausbildungsabschluss gemacht und finden keine Stelle. Sie denken, dass es in der Stadt, besonders in den großen Städten, viele Angebote von Arbeitsstellen gibt, und dass auch sie dort eine Stelle bekommen werden. Andere sind frustriert durch bestimmte Schwierigkeiten und entscheiden sich, in der Stadt zu leben. Diese Menschen sind meistens Waisenkinder oder Kinder aus armen Familien, die keine Möglichkeit gehabt haben, eine Schule zu besuchen. Sie verlieren die Lust, nur einfach zu Hause zu bleiben, und gehen

in die Stadt, um Arbeit zu suchen. Meistens finden sie keine. Am Ende leben sie als Straßenkinder, Prostituierte oder Diebe.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass das erfolgreiche Leben meistens nicht in der Stadt gefunden wird. Das Suchen bleibt immer eine ganz große Herausforderung. Jemand, der einige Zeit in der Stadt gelebt hat, passt oft auch nicht mehr so ganz ins Dorf, denn in der Stadt lebt man ganz anders als im Dorf. Daher erleben wir bei vielen Menschen, die so einfach in die Städte gegangen sind, dass sie erst dann wieder in ihre Heimat zurückgebracht werden, wenn sie schon tot sind. Viele von ihnen sterben an AIDS. Da sehen wir, dass das Leben dieser Menschen wie eine Strasse (Dorf-Stadt-Dorf) verläuft – manchmal mit (k)einem Weg zurück.

THE STORY OF CHILD IN THE SUN

John Abobo (Dar es Salaam)

Child in the Sun is a charitable organization under the patronage of the Archdiocese of Dar Es Salaam and run by members of the Society of the Missionaries of Africa (White Fathers). Child in the Sun had its humble beginnings in the Manzese Parish, in 1992. The founder of Child in the Sun, Fr. Philippe, was at that time working in the Parish of Manzese. When Philippe first noticed the increasing numbers of homeless-runaway children (i.e. Street children), the concept of Street Children was still a new one. One could even say that the problem of Street Children started to emerge in Tanzania around this time. In 1991 the Department of Social Welfare estimated that there were 250-300 street children in

Dar-es-Salaam. A number which the Save the Children survey in 1997 estimated to have increased to about 2,000 Street children.

THEIR ORIGINS

Most of the children we care for, in Child in the Sun, are better referred to as Runaway Children. This is because the majority of them are from up-country. They would have runaway due to poverty, urban attraction, broken families, and family violence. All these factors can be further attributed to other sub factors: Poverty is for instance caused by ignorance, illiteracy, subsistence economy, and weather hazards. Broken families can be as a result of alcoholism, divorce, death of one parent, and

industrialization. Family violence can also be as a result of poverty, unemployment, alcoholism, traditional and cultural beliefs, as well as personal character problems of parents and/or children. Urban attraction/illusions can be as a result of modern communication, urban-rural inequality, and love of freedom, peer group's influence. One or a combination of these factors very often results in a situation of the 'home' not being felt like home any more by the child.

SAP IN TANZANIA

One other related factor, which is important to understanding the Tanzanian situation, is the structural adjustment Program (SAP). Since the adaptation of the free Market economy and the inception of the SAP in Tanzania in the late 1980s and early 1990s, there has been a demographical growth in numbers of Street children (in other words runaway children who are living and working on the streets for their living). The argument is that the SAP, which is based on capitalist Ideology, is creating a situation of a few rich and a lot of poor/unemployed. Hence, the additional phenomenon that the ratio of boys whose parents are living in Dar-es-Salaam is gradually increasing (i.e. is the number of Urban Poor).

THE SITUATION THEY MEET ON THE STREETS

Once these children are on the streets they are on their own. They begin to experience a hazardous life situation as well as a terrible loneliness in the great city. They frequently, therefore, turn to gangs, sympathetic adults and other peers for support. In most of these groups the over riding value is survival. They frequently experience physical and sexual abuse, exploitation by the so-called sympathetic adults, drug abuse, and very harsh living conditions. They get used to

constant fighting, limitless freedom, and stealing, bullying, and telling lies. There are just a hand full of boys who are able to live a reasonably decent life, by begging, cleaning fish, sweeping or washing pots and pans.

CHILD IN THE SUN HISTORY

The project was therefore initiated with this background. Its aim is to enable and empower street children to grow into respectable adults and self-reliant citizens. This process is to be carried out in collaboration with their families, the government and other interested agencies.

We also believe that the best place to bring up a child is in its biological family. Child in the Sun therefore aims at re-uniting children with the families at the earliest possible opportunity.

Child in the Sun was started in Manzese Parish as a drop-in Centre for street boys and girls. The founder soon discovered that the demand for such services was very high and that he could not meet the project aims in the same environment. He also realized that most of the boys could not fit in, or were no longer accepted in the main stream Primary School system. He therefore decided in 1993 to move the main project centre to Mbezi, 25 kilometres from the city centre. He had then decided that in order to prepare the children for eventual family reunification, he would have to give them residential services with a lot of emphasis on behaviour modification. He was also compelled to choose between providing service for boys or girls only, but not both. This was because it was very difficult to keep "street boys and girls" together in a residential setting.

THEY STARTED WITH VERY BASIC LIVING CONDITIONS.

At the beginning they had to sleep under a tarpaulin. They later on built some mud huts with a grass roof. Today the centre has 10 houses, which are able to accommodate 8 boys each with individual beds. Child in the Sun takes care of 75 boys on the regular basis at the Mbezi centre and 15 young men at Msowero centre. We accept boys ranging from the ages of 12 to 16 years, regardless of religious or cultural background. The children are however given one condition. They have to accept our rules and regulations. These rules include: accepting to respect and live with others, giving up stealing, violence, drug abuse, abusive language and bullying. They must also be ready to participate in all the activities of the Centre. The activities of Child in the Sun aim at 'education for life' through Basic Education, Vocational Training and Behaviour Change. Under the basic Education program we teach almost all the subjects that are taught in the primary Schools. These include: Kiswahili, English, Mathematics, and Science; the vocational (Professional) training subjects include: Agriculture, Carpentry, Business education and Masonry. Due to the fact that over 80 per cent are from the rural area, we teach them the trades and skills that will help them earn a reasonable living in the rural environment. Also, in keeping with the aims of C.I.S. there is a lot of emphasis on self-reliance. In the area of Behaviour Change we use subjects such as: Drama and Dance, Drawing, Life Skills and Games as forms of therapy. We also carry out individual and group counseling in order to help children come to terms with their past, deal with their frustration, anger and aggression. We have a group of social workers who carry out the counseling, street work, family tracing, and fam-

ily re-unification. They also supervise provision of the basic needs of the boys and all other extra curriculum activities, which help the boys to start to build up their self-confidence and to trust others, especially the teachers and other adults who come into their lives.

During their time here, we work very hard on rebuilding the broken links with their family and to gather as much information about the family network as possible. At any given time in the process, when the family and the child think it is possible to re-unite, arrangements are made for the child to return home. Sometimes, they return to the home of an aunt/uncle, a grandfather/mother or other members of the extended family. Where this is not possible by the time the child turns 18 years old, he can go to our Msowero Centre where he will then learn how to become self-reliant through Agriculture. At Msowero they learn livestock keeping and crop production. They are paid for the work they do for the Centre and they have to take care of their own up-keep. They keep their own livestock and cultivate their own farms. It is also an opportunity for them to try out practically how to live as respectable citizens within the local community. This training process takes 2 to 3 years and they then move out to re-integrate with society in general. Child in the Sun has established many livestock and farming projects, both at Msowero and Mbezi, with the hope of providing practical training for the boys as well as for generating some funds for the sustainability of the project. We are keeping cows, sheep, goats, chicken, ducks, rabbits, and cultivating maize, rice and simsim. We would however continue to need the support of charitable individuals and groups such as MISEREOR, to be able to help these children in their plight.

DER CHRONIST DER WINDE von Henning Mankell

Leben in der Stadt – das heißt auch Straßenkinder. Im vorigen Jahr hat **HABARI** eine einfühlsame soziologische Studie zu diesem Thema vorgestellt (**HABARI 1/00**, S. 31: A. Dachtler, Die Straßenkinder in Tansania). Man kann sich dem Thema aber auch literarisch nähern:

Henning Mankell, einem schwedischen Krimi-Autor und Theater-Regisseur, der die meiste Zeit des Jahres in Maputo (Mozambique) lebt, gelingt das überzeugend mit seiner legendenhaften Erzählung über das Leben des 10-jährigen Jungen Nelio und seine Gruppe von Straßenkindern.

Nelio liegt mit tödlichen Schusswunden in einem alten Theater, will aber keinen Arzt, sondern nur ins Freie. Der junge Bäcker José Antonio Maria Vaz bringt ihn auf das Dach des Gebäudes, pflegt ihn so gut er kann – und hört Nelio mehrere Nächte lang aufmerksam zu, als er ihm zwischen Fieberschüben seine Lebensgeschichte erzählt, bis er am Ende seinen Verletzungen erliegt. Es beginnt mit brutalen Aufständischen, die Nelios Dorf niederbrennen, seine Schwester töten und ihn zwingen wollen, einen Verwandten zu erschießen. Er entkommt und gelangt in die Stadt, wo er sich nach kurzer Zeit einer Gruppe Straßenkinder anschließen kann, deren Anführer er später wird. Schließlich kommt heraus, warum Nelios Gruppe überhaupt in das Theater eingedrungen ist. Und der Bäcker kann nicht

anders, er gibt seine halbwegs sichere Arbeit auf, um fortan Nelios Geschichte als "Chronist der Winde" weiterzuerzählen.

Trotz der Tragik des Themas gleitet Mankell nie in schwermütige Betroffenheit, billiger Pathos oder gar Kitsch ab. Er holt die Straßenkinder aus ihrer Anonymität, gibt ihnen Würde und Gesicht und hinterlässt uns zunächst ratlos. Der Verlagstext hat recht: "Ein Roman, der ... die Balance hält zwischen der grausamen Alltagswirklichkeit und den magischen Kräften der Phantasie. Ein Buch der Emotionen, das uns daran erinnert, wozu Menschen – im Guten wie im Bösen – fähig sind."

Afrika – ein Kontinent krasser Gegensätze, die scheinbar unvermittelt nebeneinander stehen und mit unserem Verstand allein nicht unter einen Hut zu bringen sind. Vielleicht kann man gerade darum aus diesem Roman mehr über Afrika und Straßenkinder lernen als aus vielen Berichten und Studien.

Karl H. Maas (Rheda-Wiedenbrück)

PS.: Warnung: Viele Leser berichten, dass sie das Buch erst wieder aus der Hand legen konnten, nachdem sie es bis zum Ende verschlungen hatten...

Henning Mankell, „Der Chronist der Winde“, Paul Zsolnay Verlag, Wien, 2000, ISBN 3-552-04981-9, DM 36,-

AUSSTELLUNG: TEEPRODUKTION IN LUTINDI

In Zusammenarbeit mit dem Tanzania Arbeitskreis im Kirchenkreis Bielefeld lädt die Ev.-Luth. Apostelkirchengemeinde zu einer interessanten Ausstellung ein:
In den Usambarabergen liegt das „Lutindi Mental Hospital“, eine der wenigen Einrichtungen für EpileptikerInnen und psychisch Erkrankte in Tansania. Zur Bewirtschaftung und Therapie unterhält das Krankenhaus eine Teeplantage.

Über die Arbeit dieses Krankenhauses informiert die Ausstellung: „Teeproduktion in Lutindi“. Sie wurde von dem Vorsitzenden des Tanzania Arbeitskreises, Mathias Wemhöner, in Zusammenarbeit mit SchülerInnen des Berufskollegs Senne konzipiert, und sie verspricht neue und interessante Einblicke in die Arbeit des Krankenhauses.

Die Ausstellung kann an Interessierte ausgeliehen werden.

Informationen zur Ausstellung und zu Ausleihkonditionen bei: Mathias Wemhöner, Tel.: 0521-324698.

Jochen Bunte (Bielefeld)

"WO NICHT NUR DER PFEFFER WÄCHST – BEGEGNUNGEN AUF SANSIBAR" UNTERRICHTSMATERIALIEN DES GLOBALEN LERNENS

Kornelia Freier (Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. Berlin)

Wollen Sie Ihre Schüler nach Sansibar entführen? Und wollen Sie gleichzeitig beteiligt sein an der methodischen und didaktischen Verbesserung von Materialien des Globalen Lernens?

Sansibar ist eine kleine Insel im Indischen Ozean, der ostafrikanischen Küste vorgelagert –

- hier handelten im Mittelalter Chinesen, Perser, Inder, Afrikaner und Araber
- hier landete der portugiesische Weltumsegler Vasco da Gama

- hier hatte der Sultan von Oman seinen Sitz und verlieh der Insel ihren orientalischen Glanz
- hier war der Schreckensort für Zehntausende Sklaven als größter Sklavenumschlagplatz in Ostafrika
- hier feilschten Deutsche und Briten mit afrikanischem Land
- hier bauten FDJ-Brigaden der DDR Plattenbauten mitten in den Tropenwald
- hier aalen sich Touristen aus Europa an weißen Sand- und Palmenstränden in der Sonne
- hier leben Menschen, wie du und ich,

oder nicht?

An der Insel Sansibar wird exemplarisch der Blick auf fremde Kulturen in ihrer ganzen Vielfalt geschult. Die von uns entworfenen Unterrichtsmaterialien sind sehr übersichtlich und kompakt. Sie enthalten Zeittafeln, Kulturtafeln, Hintergrundtexte für Schüler, Sprichwortkarten, Bilder und in der Lehrermappe klar strukturierte Anleitungen für Projektstage. Das gesamte Material rankt sich um einen Klassensatz biographischer authentischer Geschichten aus Sansibar.

So lernen die Schüler z.B. Ali Ahmad Khamis kennen, den 17-jährigen Jugendlichen, der sich sein Geld in Sansibar als DJ Cool Para und Swahili-Rapper verdient, oder sie versetzen sich in die Lage von Mwarabu Suleiman (Journalistin in Sansibar), die sich als emanzipierte alleinstehende Frau in einer Männerwelt durchsetzt. Sie diskutieren mit Iman Haji Simai, dem Leiter einer Koranschule, der die Deutschen um den Verlust ihrer moralischen Werte bemitleidet, und mit Fadhila Omar Fakih, der Lehrerin, die beklagt, dass die Klassen zu groß, zu wenig Unterrichtsmaterial vorhanden und die Schüler ungenügend auf ihr Leben vorbereitet werden.

Spielerisch werden die Jugendlichen mit Geschichte, Geographie, Religion, Wirt-

schaft, Entwicklungsprojekten, Kultur, Sprache Tourismus, Politik, Musik und Literatur, sowie dem Alltag der Menschen, die auf Sansibar in Ostafrika leben, vertraut gemacht.

Die Unterrichtseinheit eignet sich in allen Fächern für Schüler ab der 8. Klasse, für Projektstage und im Regelunterricht. Die Materialien befinden sich derzeit noch in der Erprobungsphase. Wir möchten Sie inhaltlich und personell bei der Durchführung der Projektstage unterstützen.

Ist Ihr Interesse geweckt? Dann melden Sie sich bei uns und vereinbaren Sie einen Termin für Ihre Klasse! Auch Nicht-Lehrer/innen und Menschen, die mal auf eine andere Art mit den Menschen Sansibars in Kontakt kommen möchten, laden wir ein, die Materialien auszuprobieren.

Karibuni sana – herzlich willkommen!

Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V., Warschauer Straße 58/59, 10247 Berlin
Tel.+Fax: 030-2960825,
gse.brandenburg@t-online.de

SWAHILI-SWAHILI-LEXIKON der Redensarten, Sprichwörter und idiomatischen Ausdrücke

Dr. K.W.Wamitila (Professor an der Universität Nairobi, Kenya) hat Ende 1999 das Wörterbuch "KAMUSI YA MISEMO NA NAHAU" (=Idiomatische Ausdrücke und Redensarten) herausgebracht.

Das Buch, Band 1 der neuen Reihe Lulu za Lugha (Perlen der Sprache), erschienen bei Longhorn Publishers (Kenya) SLP 18033 Nairobi, enthält auf 338 Seiten 3128 Stichwörter, bei denen jeweils drei Angaben das Verständnis der Swahili-Leser erleichtern:

a. msamiati (= "wörtlich", eigentlich Glossar); b. maana yake (übertragene Bedeutung); c. Mfano (Beispielsatz)

Preis: 450 KSH (ca. 15 DM), gebunden im soft-cover Hochglanz-Karton. ISBN 9966 49 743 3

Peter Knuth (Wedel) Telefon 04103-8086/88
Fax /90 knuth@foni.net

Das HABARI - Abo

Das Abo des **HABARI** umfasst 4 Hefte im Jahr für einen Betrag von DM 30,- (Inland und Europa) / DM 60,- (Tanzania).

Ein **HABARI** Abo zusammen mit der Mitgliedschaft im **TANZANIA-NETWORK.DE e.V.** beträgt für Einzelpersonen DM 60,-, für Gruppen DM 90,-. (Informationen zur Mitgliedschaft können Sie gern beim **TANZANIA-NETWORK.DE e.V.** erfragen.)

Wenn Sie **HABARI** regelmäßig im Abo lesen möchten, dann schicken Sie Ihre Bestellung bitte an die Adresse des **TANZANIA-NETWORK.DE e.V.**

Bitte überweisen Sie den Betrag für das Abo auf das umseitig angegebene Konto.

Wenn Sie Ihre Gruppe / Verein / NRO / Institut / Schule / Stadt / Gemeinde etc. in den Adressenpool des **TANZANIA-NETWORK.DE e.V.** aufgenommen wissen möchten, dann schicken Sie die folgenden Informationen (per Post, per Fax, per e-mail, per Formular, das auf unserer Website zu finden ist) an die untenstehende Adresse:

- Name der Gruppe und Zugehörigkeit zu einer übergeordneten Organisation
- Name und Ort (Distrikt/Region) der Partnergruppe in Tanzania und deren Zugehörigkeit zu einer übergeordneten Organisation
- Ansprechperson der hiesigen Gruppe mit Adresse, Telefon, Fax, e-mail
- Arbeits- oder thematische Schwerpunkte, Kompetenzen/Erfahrungen
- Gründungsdatum der Gruppe
- Einverständnis zur Veröffentlichung im Internet.

Redaktionsadresse:

Luise Steinwachs, Am Niedermühlenhof 24, 33604 Bielefeld, Tel/Fax: 0521 - 270 52 60,
adressenpool@tanzania-network.de oder infobrief@tanzania-network.de (**HABARI**)

Die im Adressenpool gespeicherten Daten können gegen eine einmalige Gebühr von DM 10,-

- per Diskette / email attachment als Microsoft Access 97 oder 2000 – Datei,
 - per Diskette / email attachment als Word Datei (ist dann allerdings nicht so gut durchsuchbar),
- ➔ **NEU:** als Papierausdruck (bitte wählen Sie ein Sortierkriterium aus den enthaltenen Informationen wie z.B.: Name der Gruppe oder PLZ oder Region in Tanzania etc.) bei obiger Adresse bestellt werden. Eine Aktualisierung erfolgt ein- bis zweimal im Jahr.

Die Gebühr für die Diskette soll auf das Konto des Netzwerkes (s. Umschlagrückseite) eingezahlt werden.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde Tanzanias,

das nächste **HABARI 2/01** beschäftigt sich besonders intensiv mit der Partnerschaftsarbeit. Das Thema heißt: **Personelle Zusammenarbeit: Ein Thema für die Zukunft ?**

Personelle Zusammenarbeit ist ein Themenbereich, bei dem vor allem die praktischen Erfahrungen aus der Partnerschaftsarbeit wichtig sind. Diese Erfahrungen ergeben sich aus regelmäßigem Briefkontakt oder aus Besuchen und auch aus gemeinsamer Einbindung in Gremien und Institutionen.

Personelle Zusammenarbeit, also die Begegnungen und Kontakte zwischen Personen, kann sowohl positiv als auch mit Schwierigkeiten erlebt werden. Das Zusammenspiel von Menschen und Persönlichkeiten ist immer spannend, erst recht, wenn es sich dabei um Menschen aus verschiedenen Ländern und Kontinenten handelt. So bleiben Unverständnis und Kommunikationsschwierigkeiten nicht aus. Aber genauso gehören die Überraschungen dazu, von denen so Viele in ihren Begegnungen und Kontakten mit Tanzanierinnen und Tanzanierern berichten.

Das Sich-Einlassen auf Menschen ist immer wieder neu und daher auch ein Feld zum Lernen und eine Herausforderung an das Vermögen zu verstehen.

Personelle Zusammenarbeit meint speziell auch die Arbeit von Institutionen, die in verschiedenster Weise und in vielen Bereichen sog. Entwicklungshelfer, Expertinnen, Missionare und Fachkräfte entsenden. Diesbezüglich gibt es durchaus kritische Stimmen, die ebenso zu Wort kommen sollen.

Sie sind herzlich aufgerufen, aus Ihrer Arbeit zu berichten. Das für Juni geplante Heft will sich ganz diesen Beiträgen widmen. (Einsendungen bitte bis zum **30. April 2001**)

⇒ **Das Thema des Heftes HABARI 3/01 ist: Kunst und Kultur in Tanzania** ⇐

Herausgeber:

TANZANIA-NETWORK.DE e.V.

www.tanzania-network.de

verantwortlich: Richard Madete
webmaster@tanzania-network.de

Redaktion dieses Heftes:

Michael Hanfstängl, Elisabeth Hiss, Thomas Jänisch, Johannes Paehl

verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Pressegesetzes sowie Satz und Layout:

Luise Steinwachs

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel zu bearbeiten.

TANZANIA-NETWORK. DE e.V.

Luise Steinwachs
Am Niedermühlenhof 24
33604 Bielefeld
Tel.+Fax: 0521 – 270 52 60
info@tanzania-network.de

Bankverbindung

TANZANIA-NETWORK. e.V.
Sparkasse Bielefeld
Kto.Nr.: 33 133 331, BLZ: 480 501 61